

Peter Brandt, Axel Kellmann

Walther Encke - ein „radikaldemokratischer“ Berliner Polizeioffizier am Ende der Weimarer Republik  
Von Peter Brandt und Axel Kellmann  
Aus: Jahrbuch 1996 des Vereins für die Geschichte Berlins

I.

Das Schlagwort von der „Republik ohne Republikaner“ - 1920 nach der schweren Wahlniederlage der Koalitionsparteien aufgekommen - hat sich als Bild des erfolglosen Weimarer Staates im Bewußtsein der politischen Öffentlichkeit festgesetzt. Wäre das Ganze so einfach gewesen, ließe sich indessen nicht begründen, wie die Republik vierzehn Jahre überleben konnte: trotz eines Friedensvertrages, der auch in der Mitte und auf der Linken nahezu einhellig als Diktat empfunden wurde; trotz wiederholter, schwerer wirtschaftlich-sozialer Krisen und eines lediglich vorübergehend abgeflauten, latenten Bürgerkrieges; trotz der Gegnerschaft eines erheblichen Teils des Großgrundbesitzes, der Großindustrie und der Hochfinanz, des Offizierskorps, der Bürokratie, der Justiz sowie der Gymnasial- und Hochschullehrerschaft. Lag das Problem nicht eher darin, daß - in den Worten Carl von Ossietzkys - „die Republikaner ... ohne Republik“ waren? (1)

Breite Volksschichten traten nachdrücklich für den Schutz der demokratischen Republik ein. Die Abwehr des Kapp-Putsches 1920 und die Protestwellen gegen die Morde an Erzberger und Rathenau 1921/22, der Volksentscheid über die Fürstenenteignung 1926, aber auch die Mobilisierung der Linken gegen den Nationalsozialismus ab 1930 sind Belege dafür, selbst wenn man den Anteil der Kommunisten, Anhänger eines „ Sowjetdeutschland“, beiseite läßt. Rein zahlenmäßig bildete das republikanische „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ selbst 1932 die größte politische Kampfbund- und Massenorganisation überhaupt, die auch mehr junge Männer in ihren Reihen gehabt haben dürfte als SA und „Stahlhelm“ zusammen. Und dennoch besitzt das Klischee von der „Republik ohne Republikaner“ einen wahren Kern: Erstens kritisierten selbst etliche von denen, die grundsätzlich für die parlamentarische Demokratie eintraten, die geschriebene und vor allem die reale Verfassung, und das nicht nur in Nebensächlichkeiten. So, wie sie war, wurde die Republik von Weimar tatsächlich nur von den wenigsten ihrer Staatsbürger befürwortet, namentlich in ihrer Ablösungsphase ab 1930.

Zweitens wurde die aktive Anhängerschaft der Weimarer Republik mehr und mehr auf die sozialdemokratische Arbeiterbewegung eingeengt. Das katholische Zentrum, abgesehen von der NSDAP soziologisch die einzige Volkspartei, blieb zwar hinsichtlich ihrer Wählerunterstützung bis 1933 stabil; doch ging der Einfluß der entschiedenen republikanischen und demokratisch-sozial orientierten Kräfte in der Partei vor allem seit 1928 zurück. Für die letzten Jahre vor 1933 wird man das Zentrum als Ganzes kaum dem republikanischen Lager zurechnen dürfen. Mit einem Körnchen Salz gilt das auch für den politischen Liberalismus. In seinem rechten Flügel, der Deutschen Volkspartei, dominierte mit Stresemann zeitweilig eine „vernunftrepublikanische“ Position, die aber nach dessen Tod schnell an Gewicht verlor. Die eher linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP), wie das Zentrum nach 1918 mit der Sozialdemokratie zunächst als Weimarer Koalition verbunden, stand fest zum parlamentarischen Regierungssystem; aber auch sie blieb von dem allgemeinen Rechtstrend des bürgerlichen Spektrums nicht unberührt. Vor allem büßten beide liberale Parteien (DVP und DDP) zunehmend Wählerstimmen ein, bis die Vertretung des liberalen Bürgertums ab Sommer 32 quantitativ überhaupt keine Rolle mehr spielte.

Die angedeuteten Veränderungen innerhalb der bürgerlichen Mitte, begleitet von dem Aufkommen etlicher partikularer Protestparteien und -bewegungen, deren Potential dann überwiegend in der NSDAP aufging, waren jedoch nur ein Aspekt jener Rechtsentwicklung in Deutschland, die deutlich vor dem Einbruch der Weltwirtschaftskrise und dem Übergang zur Präsidialregierung einsetzte. Diese Entwicklung betraf das Verhältnis zwischen den sozialen Klassen und die Stellung zum Sozialstaat ebenso (Ruhreisenstreit Ende 1928) wie kulturelle Veränderungen und Verschiebungen in der öffentlichen Meinung. Konfrontiert mit der Abkehr der künstlerischen Avantgarde von dem tradierten Wertekonsens wie mit den neuen Phänomenen einer kommerzialisierten Massenkultur, verlor die klassische Bildungsidee des deutschen akademischen Bürgertums endgültig ihre geistige Kohärenz und Prägekraft. Schließlich ist zu Recht von einer „flutartigen Remilitarisierung ... bereits seit dem Ende der zwanziger Jahre“ (2) gesprochen worden. Die zunehmende Ablehnung der zeitweise durchaus mehrheitsfähigen Verständigungspolitik nach außen und der damit identifizierten politischen Ordnung ging einher mit dem kontinuierlichen Wachstum einer kriegs- und militärverherrlichenden Bücher- und Zeitschriftenproduktion. (3)

Angesichts einer starken Arbeiterbewegung auf der einen Seite, deren revolutionärer Teil die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft und den bestehenden Staat kompromißlos ablehnte, deren reformistischer die wichtigste Stütze der Republik darstellte und auf diese einen erheblichen Einfluß ausübte, und einer neuen, radikal-völkischen Rechten mit antibürgerlichem Habitus andererseits, gerieten die Liberalen zunehmend in eine Orientierungsnot, auf die sie recht unterschiedlich reagierten. Als Beispiel für die Minderheit bürgerlicher Demokraten, die sich, entgegen dem allgemeinen Trend, nach links entwickelten, möchten wir den Polizeioffizier Walther Encke vorstellen. Encke wurde von denen, die mit ihm in Berührung kamen, als ein „geistig kultivierter, feinsinniger Mensch und hochqualifizierter ... Polizeioffizier“ (4) beschrieben, der bei Untergebenen außerordentlich beliebt, bei Vorgesetzten gefürchtet gewesen sei: „... ein Mann von geistiger Rasse, dessen ungewöhnlich geschickte, präzise Ausdrucksweise von Urteilsfähigkeit, harter Gedankenarbeit und schöpferischem Wollen zeugt.“ (5) Dieser Lebenslauf ist nicht nur von Bedeutung im Sinne demokratischer Traditionspflege, sondern er ist auch geeignet, ein Schlaglicht auf die eigentümliche politische Szenerie der Weimarer Republik in ihrer Auflösungsphase zu werfen, insbesondere auf die schillernden Dissidentengruppen verschiedener Richtungen.

## II.

Friedrich Karl Walther Encke wurde am 13. August 1893 als Sohn eines evangelischen Vermessungsrates in Hildesheim geboren, der später als Beamter in Bochum Dienst tat, wo Encke aufwuchs. Auch die beiden Großväter waren Beamte gewesen. Nach dem Abitur studierte Walther Encke in Marburg Medizin. Er schloß sich der Burschenschaft Germania an, aus der er später, längst „Alter Herr“, wieder austrat. Zunächst verlief sein Leben jedoch ganz in den Bahnen, die den jungen Akademikern im späten wilhelminischen Kaiserreich vorgezeichnet waren. Encke brach sein Studium nach sieben Semestern ab und meldete sich kriegsfreiwillig. Als Angehöriger des elitären Garde-Schützen-Bataillons kämpfte er ab März 1915 im Elsaß, ab November 1916 im Rang eines Leutnants in Mazedonien, wo er einige Wochen später ein erstes Mal verwundet wurde. (6)

Wie für viele andere war der Krieg für Encke mit dem Waffenstillstand vom 11. November 1918 nicht zu Ende. Als Freikorpskämpfer nahm er im Baltikum am Feldzug gegen „den Bolschewismus“ teil. Die Beschränkung der militärischen Stärke Deutschlands infolge des Versailler Friedensvertrags zog die Ausmusterung eines großen Teils der Freiwilligen-Einheiten nach sich. Parallel dazu entschlossen sich die neuen Gewalten, die Polizei durch „Sicherheitswehren“ zu ergänzen, denen sich viele frühere Freikorpsleute anschlossen. Die stark militarisierten Sicherheitswehren wurden unter dem Druck eines alliierten Ultimatums im Herbst 1920 aufgelöst und teilweise in die neu geschaffene Schutzpolizei überführt. Es war keineswegs ungewöhnlich, daß Walther Encke die Gelegenheit nutzte, als früherer Armee-Offizier in den Polizeidienst überzuwechseln.

Möglicherweise stand diese Entscheidung auch im Zusammenhang mit der bevorstehenden Hochzeit. Am 8. Mai 1921 heiratete Encke Bettina von Arnim, Urenkelin der berühmten namensgleichen sozialkritischen Schriftstellerin, Gattin des romantischen Dichters Achim von Arnim und Freundin Goethes. Walther Encke hatte Bettina durch ihren Bruder, seinen Kriegskameraden Friedmund von Arnim, kennengelernt. Die Tatsache, daß die Hochzeit nicht auf dem elterlichen Gut in Zernikow, sondern in dem ebenfalls im Familienbesitz befindlichen Wiepersdorf stattfand, deutet auf eine gewisse Distanz derer von Arnim zu der Verbindung Bettinas mit dem „Bürgerlichen“ Encke hin. Jedenfalls gab es offenkundig im Vorfeld der Vermählung eine Verstimmung zwischen beiden Elternpaaren. Die Beziehung des Ehepaars zu Enckes Schwiegereltern kann aber nicht schlecht gewesen sein. Die beiden Töchter Gunhild und Ortrud, geboren 1922 und 1923, weilten bis zu ihrer Einschulung häufiger in Zernikow, während Walther und Bettina sich in Berlin aufhielten, und lebten in ihrer Gymnasialzeit ganz bei der Großmutter.

Walther Encke wurde von den Arnims, ungeachtet seiner bürgerlichen Herkunft, nach und nach akzeptiert, wobei hauptsächlich seine Intelligenz und seine breite Bildung, vielleicht auch seine Geradlinigkeit zu Buche geschlagen haben dürften. Ein wenig blieb er Außenseiter, und das war wohl der Grund dafür, daß er sich mit einer anderen Außenseiterin der Familie, Else von Arnim-Blankensee geborene von Simson, besonders gut verstand. Die Vornehmheit der großbürgerlich-jüdischen Simsons ging weniger auf das erst im Kaiserreich verliehene „von“ zurück als auf ihre beruflichen und politischen Aktivitäten; ihr Name war vor allem durch die Person des Juristen Eduard (von) Simson eng mit der Entwicklung der liberal-nationalen Bewegung und der Reichsgründung verbunden. Die Enckes gehörten zu den wenigen, die auch nach 1933 zu Else von Arnim hielten. (7)

Die alte uckermärkische Adelsfamilie von Arnim hatte sich ihren Eigensinn über das 19. Jahrhundert hinweg bewahrt. Bettinas Bruder Friedmund, der den Wiepersdorfer Besitz übernommen hatte, war bekannt für seine eigenwilligen, durchaus konservativen politischen Anschauungen und zugleich für einen volksverbundenen Lebensstil. Er scheute sich nicht, mit anderen jungen Männern in Zernikow einen Fußballverein zu unterhalten. (8) Vater Erwin, in der Familie als Autokrat gefürchtet und als Original bestaunt, war standesbewußter Gutsherr, der nach alter Sitte bei der Hochzeitstafel am 8. Mai 1921 zuerst einen Toast auf das Wohl des Kaisers ausbrachte, bevor die Brautleute an die Reihe kamen. Zugleich soll Erwin von Arnim ein überzeugter Pazifist gewesen sein, abgestoßen vom außenpolitischen Abenteuerum des kaiserlichen Regimes, so daß er während des Ersten Weltkrieges den (bis 1916 deutlich kriegsgegnerschen) sozialdemokratischen „Vorwärts“ abonniert habe. (9) Bettina setzte gegen den Willen des Vaters eine Malausbildung durch. Zu ihren Lehrern gehörte neben Walter Kurau der spätimpressionistische Porträtmaler Leo von König.

Die Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur blieb nicht nur für Bettina, sondern auch für Walther Encke und für die Beziehung zwischen den beiden wichtig. In dem politischen Salon, den die Enckes gegen Ende der Weimarer Republik in Berlin führten, waren bildende Kunst, Theater und Literatur feste Bestandteile. Der Maler Fritz Kuhr zählte in der NS-Zeit, da seine, des früheren Schülers von Paul Klee und Bauhaus-Lehrers, Bilder als „entartet“ galten, zu den engsten Freunden der Familie, namentlich Bettinas, die ihn wiederholt in Wiepersdorf durchfütterte. (10)

Bettina und Walther Encke führten eine durchaus unkonventionelle Ehe. Konformismus und das, was sie als Spießertum ansahen, war ihnen verhaßt. Für beide Eheleute war eine nahezu vollständige Vorurteilsfreiheit charakteristisch, die soziale ebenso wie weltanschauliche Schranken mißachtete - und das nicht nur theoretisch, sondern im alltäglichen Leben. Die Töchter haben Walther Encke als einen faszinierenden, großzügigen und liebevollen Vater in Erinnerung, der - wenn es seine Zeit erlaubte - mit der Familie begeistert zeltete, Wassersport trieb und Rad fuhr. Die eheliche Gemeinschaft habe für sie „einen praktischen, keinen religiösen Sinn“, meinte Bettina vor der Hochzeit. Die Kehrseite, Walthers vermeintliche Unfähigkeit, praktische Vorteile zu erlangen, wurde von ihr beklagt, aber in einem eher mütterlichen Sinn, und mit den Selbstzweifeln zumindest des jungen Encke in Verbindung gebracht: „Sein Leben ist dadurch viel schwerer als das anderer Menschen. ... Er kommt mir manchmal vor wie ein kleines Kind, das man mit großer Liebe umhegen muß.“ (11) Diese Sicht machte es Bettina möglich, die späteren Eskapaden des Ehemannes - seine Neigung zur Boheme, sein meist, aber offenbar nicht in jedem Fall harmloses Schwärmen für andere Frauen - mit spöttisch-distanzierter Großzügigkeit zu ertragen.

Bettina schätzte Walthers „idealen Wahrheitssinn“ und seine Charakterstärke. Walther Encke schrieb seiner Frau im Frühjahr 1936, drei Jahre nach dem Ausscheiden aus dem Polizeidienst: „Reichtümer werden wir nie sammeln. Auf diesem Fuß haben wir unseren gemeinsamen Marsch ja auch nicht angetreten. Weder hast Du nach meiner Stellung, noch habe ich nach Deiner Mitgift gefragt!“ (12) Trotz Beschränkung des regelmäßigen Einkommens auf eine - mehrfach gekürzte - Pension (die immer noch mindestens ein Drittel über einem Facharbeiterlohn lag) war die materielle Existenz der Familie Encke auch nach 1933 wegen der Verbindung mit den von Arnims objektiv nicht ernsthaft gefährdet. Davor wird man sie eher mittelbürgerlich als kleinbürgerlich nennen müssen. Eine Dienstwohnung im gut gelegenen Schöneberg (direkt neben dem Polizeipräsidium) mit Hausmädchen gehörte selbstverständlich zu diesem Lebensstil, der die Merkmale eines gehobenen Beamtenverhältnisses mit denen eines freien Intellektuellendaseins vereinte.

Politisch trat Walther Encke, seit Frühjahr 1932 im Rang eines Majors im Kommando der Schutzpolizei Abteilungsleiter des Referats Revierangelegenheiten, erst in der Endphase der Weimarer Republik hervor. Er selbst verlor über die Zeit davor wenig Worte; in einem nicht autorisierten Lebenslauf (13) wird ein politisches Engagement etwa seit 1930 behauptet. Briefe Bettinas aus den 20er Jahren deuten auf die typische geistige Unruhe der jungen entwurzelten Intelligenz hin, die dann in der Regel nach rechts ausschlug. „Walther schimpft immer auf die Generation unserer Eltern.“ Diese sei „phrasenhaft, eitel, materialistisch usw. Ihr typischer Repräsentant wäre der Kaiser Wilhelm II.“, wußte Bettina Ende Oktober 1923 mitzuteilen. Und zwei Monate zuvor - Ruhrkampf und Hyperinflation hatten das Reich beinahe zugrunde gerichtet: „... an einen richtigen Frieden mit Frankreich kann ich [Bettina Encke] nicht glauben. Die Schandtaten dieses sadistischen Volkes wird wenigstens unsere Generation nicht vergeben und vergessen können. Eine Änderung wird nur erfolgen können durch den Anschluß an Rußland. Das wird der letzte Schritt des verzweifelnden deutschen Volkes sein. Natürlich sind wir damit dem Bolschewismus ausgeliefert. Wenn man über Jahrhunderte hinblickt, wird es wohl der beste Ausweg sein.“ (14)

Überlegungen dieser Art, die von Walther Encke als dem stärker politisierten der beiden Eheleute mit beeinflusst gewesen sein dürften, scheinen eher auf das, was man dann „Konservative Revolution“, und das, was man „Nationalbolschewismus“ genannt hat, zu verweisen als auf den linken Flügel des Liberalismus. Es ist aber die spezifische Situation im Jahr 1923 zu bedenken, als die umfassende Staats- und Gesellschaftskrise mit nationaler und sozialer Verzweiflung auch im deutschen Bürgertum den abwegigsten Rettungskonzepten Anhänger verschaffte: vom Anschluß an Sowjetrußland bis zur faktischen Herauslösung des Rheinlands und des Ruhrgebiets aus dem Deutschen Reich. Dazu kommt noch etwas anderes: Zeitgleich auftretende politische Ideologien waren nicht unbedingt chemisch rein voneinander getrennt, namentlich in der brodelnden geistigen Atmosphäre der Weimarer Republik. Auch republiktreue Männer und Frauen konnten von Aussagen oder einem Denkstil mit beeinflusst sein, die - vom historischen Umfeld und den Biographien ideologiekritisch isoliert - eher einem „antidemokratischen Denken“ zugerechnet werden müßten.

Die preußische, namentlich die Berliner Polizei galt als zuverlässige Schutztruppe des republikanischen „Bollwerks“. Der Innenminister Preußens, Carl Severing, hatte bei der Großen Polizeiausstellung in Berlin 1926 programmatisch verkündet, als „Hüterin der öffentlichen Ordnung und Sicherheit“ und als „Dienerin der Allgemeinheit“ sollte die Polizei nicht wie vor 1918 „stagnierender Fremdkörper im Volke, sondern. ... Glied des lebendigen Volkstums“ (15) sein. Wir wissen aber nicht, ob Encke schon als überzeugter Republikaner in die Polizei eintrat oder ob erst seine berufliche Arbeit ihn politisch formte. Über Erwin Piscator soll er schon in den frühen 20er Jahren Kontakt auch zu Kommunisten bekommen haben. (16) Daneben und neben dem berufsbedingten Umgang mit Anhängern der demokratischen Linken und der Mitte hielt er Verbindung zu Bekannten aus der Militär- und Freikorpszeit, die in der Regel rechts standen.

### III.

Encke war keine herausragende Person des öffentlichen Lebens, als ihn im Juli 1932 eine Inhaftierung im Anschluß an den „Preußenschlag“ des Reichskanzlers von Papen einige Tage lang in die Schlagzeilen brachte. Er sei bisher „nicht besonders hervorgetreten“, berichtete z. B. der „Berliner Lokalanzeiger“ in seiner Ausgabe vom 22. Juli 1932 und hielt ihn irrtümlich für einen Sozialdemokraten. In der vorangegangenen Nacht war Polizeimajor Walther Encke von einem Reichswehrkommando in seiner Wohnung verhaftet und in Schutzhaft genommen worden. Er habe illegal die Wiedereinsetzung des Obersten Magnus Heimannsberg, des Kommandeurs der Berliner Schutzpolizei, in sein Amt betrieben. Gleichzeitig mit Encke wurden auch Heimannsberg selbst und der Reichsbanner-Funktionär Ernst Carlberrg verhaftet. Während jedoch diese am Abend desselben Tages wieder frei kamen, blieb Encke bis zur Aufhebung des Belagerungszustands in Haft.

Die Machtverhältnisse in Preußen harrten der Klärung, seitdem die langjährige Koalition aus SPD, Zentrum und DDP/Staatspartei - deren Zusammenarbeit sich auch in der jeweiligen Parteizugehörigkeit der drei höchsten Berliner Polizeibeamten ausdrückte - bei der Landtagswahl am 24. April 1932 in die Minderheit geraten war. Obwohl der mit 36 % der Stimmen zur stärksten Partei aufgestiegenen NSDAP eine parlamentarische Mehrheitsbildung nur zusammen mit dem Zentrum möglich gewesen wäre (befürwortet wurde eine solche „verfassungsgemäße“ Kombination auch von manchen Republikanern) und obwohl durch eine Änderung der Geschäftsordnung des Landtags die Ablösung der zurückgetretenen, führenden Staatsregierung nur noch durch eine Art konstruktiven Mißtrauenvotums möglich war, fühlten sich die Führer des republikanischen Lagers, namentlich Ministerpräsident Otto Braun und Innenminister Carl Severing, beide SPD, auf verlorenem Posten. Denn zu dem Verlust der Mehrheit im Preußischen Landtag kam der Druck, der von der seit Anfang Juni 1932 amtierenden präsidentialen Reichsregierung unter dem auf ein autoritäres Regime hinarbeitenden Franz von Papen ausging und der erkennbar auf die Ausschaltung der letzten großen Machtposition der SPD, der Regierung in Preußen, zielte. In der Bewahrung dieser Position hatte die wichtigste Rechtfertigung der für die SPD höchst problematischen Tolerierungspolitik gegenüber Reichskanzler Brüning, dem Vorgänger von Papens, gelegen. Trotzdem wurde im Lauf des Juli 1932 immer klarer, daß die entscheidenden Persönlichkeiten des republikanischen Preußen, nicht anders als die SPD-Parteiführung, nicht beabsichtigten, gegen eine Entmachtung Widerstand zu leisten. Severing ging es vor allem um die legale Form einer Intervention des Reiches. (17)

Den Anlaß boten die täglichen blutigen sozialen und politischen Unruhen, die in Preußen, aber nicht nur dort, seit der am 14. Juni 1932 erfolgten Aufhebung des kurzzeitigen SA-Verbots schlagartig eskalierten - auch im Hinblick auf die bevorstehende Reichstagswahl -, und mit dem „Altonaer Blutsonntag“, einer gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen Nationalsozialisten, Kommunisten und Polizei unter Einsatz von Schußwaffen (18 Tote), am 17. Juli einen Höhepunkt erreichten. Die Dreieckskonstellation

von Altona war typisch, seitdem in der Wirtschaftskrise politische Auseinandersetzungen die normalen Aufgaben der Polizei ganz in den Hintergrund drängten. Dabei kam die Schutzpolizei oft genug in die Lage, das Recht der SA zu schützen, in den kommunistischen oder sozialdemokratischen Hochburgen der proletarischen Wohnbezirke zu demonstrieren. Diese Aufmärsche wurden als Provokation empfunden und waren auch so gemeint. Doch aus der Perspektive der polizeilichen Ordnungshüter, vielfach auch der republikanisch orientierten, stellten neben, wenn nicht vor den Anhängern der NSDAP die Kommunisten die Aufrührer. Bei diesen verband sich eine — wenn auch zwischenzeitlich abgeschwächte - ultraradikale „Generallinie“ des „Hauptstoßes“ gegen die „sozialfaschistische“ SPD mit der spontanen Selbstverteidigung und verzweifelten Aggressivität der unteren und jüngeren, meist erwerbslosen, überwiegend von der KPD repräsentierten Schichten der Arbeiterschaft. Seitdem die Berliner Polizei im Anschluß an ein allgemeines Versammlungsverbot zum 1. Mai 1929 die Staatsautorität gegen kommunistische Demonstranten in bürgerkriegsähnlichen Straßen- und Häuserkämpfen durchgesetzt hatte, erschien der haßerfüllte Gegensatz zwischen dem KPD-orientierten Teil der Bevölkerung (und das war in Berlin zu einem Drittel) und der republikanisch geführten Polizei kaum reparabel. Die Unüberbrückbarkeit dieses Gegensatzes verschaffte der antidemokratischen Rechten einen großen Vorteil. Wenn die Regierung Papen bemüht war, die NSDAP zu beschwichtigen und einzubinden, dann kam ein solcher Versuch vielen Polizeibeamten auf allen Ebenen der Hierarchie, die durch die permanente Überforderung in doppelter Frontstellung gegen die politischen Extreme zunehmend demoralisiert worden waren, durchaus entgegen. (18)

Am 20. Juli 1932 versah Encke Dienst im Kommando und konnte so die Absetzung Heimannsbergs aus nächster Nähe beobachten: „In den frühen Morgenstunden des 20. Juli“ - also Stunden vor der offiziellen Verkündung - „wurde beim Kommando der Schutzpolizei ohne besondere amtliche Meldung die Verhängung des Ausnahmezustands für Berlin-Brandenburg bekannt. Wenige Zeit darauf wurde der Kommandeur Heimannsberg zum Polizeipräsidenten gerufen. Kurz danach traf beim Kommando die ebenfalls nicht amtliche Nachricht ein, daß der Polizeipräsident, der Polizeivizepräsident und der Kommandeur vom Dienste enthoben seien.“ Als Nachfolger Heimannsbergs war Oberst Georg Poten vorgesehen, der Leiter der Höheren Polizeischule in Eiche. Die höchsten Polizeibeamten Berlins waren zu diesem Zeitpunkt nicht bereit, sich der formlosen Anweisung des neu eingesetzten Innenministers, des Essener Oberbürgermeisters Franz Bracht, zu beugen, und taten ihm diese Weigerung schriftlich kund. Auf das Kommando zurückgekehrt, „teilte Heimannsberg dem engeren Kreise die Sachlage mit und gab an, daß er die Amtsenthebung als nicht rechtmäßig ansehe und weiterhin auf seinem Platz bleibe. Als ich [Encke] zu Schönemann [Polizeioffizier] kam, hatte dieser bereits eine Fernschrift vorbereitet, in welcher der Kommandeur den Dienststellen zum Ausdruck brachte, daß er entgegen allen Zeitungsnachrichten weiterhin die Führung der Schutzpolizei Berlin in der Hand habe.“ (19)

Der Fernspruch blieb in der Schublade. Gegen 17 Uhr wurde Heimannsberg mit Polizeipräsident Albert Grzesinski und dessen Stellvertreter Bernhard Weiß in Haft genommen. Die Nachricht von der Verhaftung erreichte das Kommando kurze Zeit später. Schon um 11.15 Uhr war seitens des Reichspräsidenten von Hindenburg eine Notverordnung ergangen, die unter anderem den Befehlshaber im Wehrkreis III, Generalleutnant Gerd von Rundstedt, zum Träger der vollziehenden Gewalt machte und ihm auch die Polizei unterstellte. Ab 14 Uhr begannen die Zeitungen, teilweise in Extra-Ausgaben, darüber zu berichten.

Encke: „Im Kommando war die Erregung aufs höchste gestiegen. Die Polizeihauptleute Bober und Bannasch kamen entrüstet zu mir und erklärten, daß diese Behandlung des Kommandeurs mit der Ehre des Offizierskorps nicht vereinbar sei und daß von seiten des Kommandos unbedingt Einspruch dagegen erhoben werden müßte.“ Encke wurde mit den Genannten bei Polizeioberst Gentz, dem Vertreter des neuen Kommandeurs, vorstellig, der ihm jedoch eine Abfuhr erteilte und auf die Bemühungen seitens der Ministerialbürokratie verwies. Encke „habe daraufhin erwidert, daß die Angelegenheit eine Ehrenfrage des Polizeioffizierskorps sei und nichts mit der Aktion des Ministerialdirektors Dr. Klausener zu tun habe“. Erich Klausener war der Leiter der Polizeiabteilung im Preußischen Innenministerium und bemühte sich um eine Formel, die die Enthaltung der Polizeispitze ermöglichen würde.

Um 19.30 Uhr wurde bekannt, daß die Verhafteten wieder auf freiem Fuß waren. Sie hatten zuvor eine Erklärung abgegeben, nach der sie sich jeder weiteren dienstlichen Tätigkeit enthalten würden, nachdem sie gewaltsam aus ihrem Amt entfernt worden seien. (Nach dem 20. Juli 1932 wurde die große Mehrzahl der Polizeipräsidenten, Polizeidirektoren und Kommandeure der Schutzpolizei Preußens ausgewechselt.) Gegen 20 Uhr ging Encke nach Hause: „Ich war erheblich aufgewühlt und erschüttert über das Erlebte und trug mich um so mehr mit Abschiedsgedanken, als ich die Ereignisse des 20. Juli nach der bisherigen Lage für verfassungswidrig halten mußte.“

In Enckes Wohnung wartete Ernst Carlbergh, ein führender Funktionär des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold im Gau Berlin, auf ihn. Der fast gleichaltrige Carlbergh, ein früherer Buchhändler, Schauspieler und Dramaturg (u. a. Direktor des Deutschen Theaters in Dorpat/Estland), im Ersten Weltkrieg wie Encke schwer verwundet, gehörte ebenso wie dieser der kleinen Radikaldemokratischen Partei an. (20) Die beiden seit der gemeinsamen Kriegszeit befreundeten Männer berieten sich über die Lage und kamen zu dem Entschluß, „daß nach der Durchführung der Reichsexekution und der Anrufung des Staatsgerichtshofes (durch die abgesetzte preußische Regierung) nachträglich ein gewaltmäßiges Vorgehen irgendeiner republikanischen Organisation nicht in Frage kommen könnte“.

Die Frage nach einem möglichen Widerstand, die später in der Memoiren-Literatur und unter Historikern kontrovers diskutiert werden sollte, scheint für Encke schon am Abend des 20. Juli geklärt gewesen zu sein. Einen Abend später sahen sich die beiden Männer noch einmal, und Carlbergh unterrichtete Encke davon, „daß der [Berliner] Gauvorstand beschlossen habe, die Mitglieder des Reichsbanners zu strengster Disziplin anzuhalten, damit alles vermieden würde, was die Wahl zum Reichstag [am 31. Juli 1932] in Frage stellen könnte“. Carlbergh und Encke lagen damit auf einer Linie, wie sie auch von der preußischen Staatsregierung, der SPD und den Gewerkschaften verfolgt wurde. Die Sicherung der Wahl schien das einzige Mittel zu sein, dem „Papenstreich“ wirksam zu begegnen. „Der Kampf um die Wiederherstellung geordneter Rechtszustände in der deutschen Republik“, so der Parteausschuß der SPD in einem am 20. Juli erschienen Extrablatt des „Vorwärts“, „ist zunächst mit aller Kraft als Wahlkampf zu führen.“

Im Reichsbanner und in den anderen Organisationen der „Eisernen Front“ war am ehesten der Wille vorhanden, der Aktion der Reichsregierung aktiv und notfalls bewaffnet entgegenzutreten. Auch der geschäftsführende Bundesführer des Reichsbanners, Karl Höltermann, plädierte zunächst dafür, den Kampf aufzunehmen, doch beugte er sich den gegenteiligen Auffassungen des SPD-, des ADGB- und selbst der Mehrheit des Reichsbanner-Vorstands. Indessen gab es neben Kommunisten und Linkssozialisten auch unter bürgerlichen Republikanern einzelne, die zu Generalstreik und Massendemonstrationen aufriefen. Encke hielt ihnen vor, „daß eine unsinnige Handlung noch lange keine Aktivität ist“, und verbat sich für die Zukunft jegliche Aktion ohne seine Zustimmung von seiten der Radikaldemokratischen Partei, zu deren Führung er selbst gehörte.

Da sie in unmittelbarer Nachbarschaft wohnten, suchte Encke in der Nacht vom 20. auf den 21. Juli kurz nach Mitternacht seinen Kommandeur Heimannsberg auf. Encke spielte, wie gesagt, mit dem Gedanken, seinen Abschied einzureichen, und bat Heimannsberg um einen Rat: „Er erwiderte darauf, daß in der Angelegenheit ja noch nicht das letzte Wort gesprochen und die Entscheidung des Staatsgerichtshofes angerufen sei und daß er von den ihm zustehenden Rechtsmitteln Gebrauch gemacht habe. Er sagte wörtlich: „Bleiben Sie auf Ihrem Posten, und tun Sie weiterhin Ihre Pflicht.“ Obwohl äußerlich ruhig, sei auch Heimannsberg die innere Erregung über das Vorgefallene anzumerken gewesen. Wie Encke „habe ihn das illoyale Verhalten großer Teile des Offizierskorps [der Polizei] getroffen“. Heimannsberg, als Protégé Carl Severings früh aufgestiegen, stammte aus einer Handwerkerfamilie, kam aus der kommunalen Polizei in die Offizierslaufbahn (und nicht aus der Armee) und gehörte der Zentrumsparterie an. Seine Beliebtheit bei den einfachen Wachtmeistern war ebenso unbestritten wie seine Außenseiterrolle im Offizierskorps.

Heimannsberg gehörte nach dem Zweiten Weltkrieg zu den entschiedensten Kritikern der Regierung Braun/Severing. Seine Behauptung, daß ein Polizeieinsatz gegen die Reichsexekution möglich gewesen wäre, stützte er auf die Feststellung, daß es „allein in Preußen 65 000 gut organisierte, gut ausgebildete und prachtvolle, frische Polizei-offiziere und -beamte“ gegeben habe. (21)

Heute kann dagegen als gesichert gelten, daß lediglich Teile des Polizei-offizierskorps einem Einsatzbefehl gefolgt wären. Anders als in den unteren Rängen stand die Mehrheit der Offiziere seit jeher der Republik distanziert gegenüber, namentlich der Sozialdemokratie. Liang geht sogar davon aus, „daß nur wenige Schupobeamte politisch von der Sache so überzeugt waren, daß sie für diese Überzeugung auch gekämpft hätten“. (22) Angesichts der Überlegenheit der Reichswehr, vom Stahlhelm und der SA ganz abgesehen, hätte auch eine eventuelle Unterstützung der Polizei durch das Reichsbanner bei weitem nicht ausgereicht. Der Generalstreik schließlich, der bei der Abwehr des Kapp-Putsches 1920 ein effektives Mittel gewesen war, bot angesichts von mehr als sieben Millionen Arbeitslosen und der tiefen Kluft zwischen SPD und KPD jetzt ebenfalls kaum Aussicht auf erfolgreiche Gegenwehr. Zudem blieb es, von kleineren Unmutsäußerungen abgesehen, in Berlin, der Hauptstadt Preußens und des Reiches, der alten Hochburg der Arbeiterbewegung und eines kritischen, liberalen Bürgertums, am 20. Juli 1932 und an den folgenden Tagen fast vollkommen ruhig.

Wie Severing in der Rückschau zu Recht feststellt, war es - zumindest subjektiv - „für die Rechtslage und für die Einsatzmöglichkeiten der Polizei ... nicht dasselbe, ob Hasardeure aus politischen oder wirtschaftlichen Gruppen einen Putsch in Szene setzten oder ob die Reichswehr in Ausübung der Befehlsgewalt des Reichspräsidenten auftrat“. (22) Nach der Unterstellung der Polizei in Berlin und der Provinz Brandenburg unter Generalleutnant von Rundstedt durch präsidiale Notverordnung mußte ein Zuwiderhandelnder Polizeibeamter wegen Hoch-, wenn nicht Landesverrats mit schwersten Strafen rechnen.

Walther Encke hätte gewiß zu den Polizeioffizieren gehört, die einem Kampfbefehl von oben nachgekommen wären. Dennoch war er selbst der Meinung, daß bewaffneter Widerstand zwecklos sei - trotz der Zweifel, die er an der Verfassungsmäßigkeit des Papenstreichs hegte. (24) Die Gedanken, die ihn in diesen Tagen bewegten, sind nicht untypisch für einen Offizier. Encke befand sich in einem Konflikt: Der Verpflichtung zum Gehorsam stand die innere Verbundenheit mit dem Kommandeur gegenüber. Auch der von ihm erwogene Ausweg - das Abschiedsgesuch - entspricht der traditionellen Auffassung von Offiziersehre. Aber die Ereignisse kamen anders. Ein Denunziant brachte Encke ins Gefängnis. Bei seiner Entlassung war Encke plötzlich ein republikanischer Held; nicht ohne Ironie nahm er es zur Kenntnis.

In den Tagen der Haft in der Militärarrestanstalt Lehrter Straße in Moabit ging es Encke zuallererst darum, „Haltung“ zu zeigen, um als Polizeioffizier mit Fronterfahrung von den zuständigen Offizieren der Reichswehr als gleichwertig anerkannt und von ihren Untergebenen respektiert zu werden. Das scheint ihm gut gelungen zu sein; erste energische Proteste gegen die Unterbringung hätten dazu geführt, daß er für den Rest der Haftzeit wie ein „rohes Ei“ behandelt worden sei. In aller Form sprach er nach der Entlassung seinen Bewachern und dem Kommandanten von Berlin, General von Witzendorf, seinen „verbindlichsten Dank“ aus für die „außerordentlich liebenswürdige und zuvorkommende Betreuung, die man mir hatte angedeihen lassen“ (25) - und das war nicht nur ironisch gemeint. Einem politisch andersdenkenden, persönlich befreundeten Polizeioffizierskameraden bekannte er als Fazit seiner Erfahrungen „eine krankhafte Liebe zur Reichswehr, bei der ich mehr Verständnis und Sympathie für mein Handeln gefunden habe als bei der Schutzpolizei“. (26)

Encke berichtet, es habe sich in der Haft eine „entzückende Schwejk-Atmosphäre“ entwickelt: „Köstlich und aufschlußreich war bei der Begrüßung [zur ersten Vernehmung] die zweifellos unbeabsichtigte Bemerkung von [Oberheeresanwalt] Sohl, die er beim Anblick meiner Schmissee machte: ‚Ah, Akamiker?‘, die ich mit ‚ja, Vorkriegsverletzung‘ quittierte. Wahrscheinlich hatte Sohl angenommen, einen durch das verrottete System hochgekommenen, auf dem Mist großgewordenen Proletarier vor sich zu haben.“ Zu den angenehmen Besuchern zählte Enckes Kriegskamerad Major von Alten, der jetzt Adjutant der Reichswehr-Kommandantur Berlin war und - bei demonstrativ unverschlossener Tür - zwei Stunden lang mit dem Häftling plauderte, Rotwein trank und Zigaretten rauchte. (27)

Die Verhaftung Enckes und das Verfahren gegen ihn hatten zwar einen ernsten Kern, aber auch possenhafte Züge: Nach der Entlassung des Polizeipräsidenten, des Vizepräsidenten und des Kommandeurs der Schutzpolizei aus der Haft noch am 20. Juli glaubten die neuen Machthaber offenbar, in Gestalt von Encke und seinen Mitbeschuldigten einem verschwörerischen Oppositionszirkel innerhalb der Polizei auf die Spur gekommen zu sein. Generalleutnant von Rundstedt, der Militärbefehlshaber, ersuchte die Staatsanwaltschaft beim Landgericht VI in Berlin mit Schreiben vom 23. Juli, gegen Encke „strafrechtlich einzuschreiten“. Er sei „hinreichend verdächtig, innerhalb der hiesigen Schutzpolizei eine zersetzende Tätigkeit ausgeübt zu haben“. Ferner bestehe der Verdacht, daß er die Wiedereinsetzung Heimannsbergs betrieben und damit gegen § 3 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vom 20. Juli 1932 verstoßen habe. Von Rundstedt ging in seinem Schreiben noch davon aus, daß sein Schutzhaftbefehl, aufgrund dessen Encke verhaftet worden war, während der Dauer einer eventuellen Untersuchungshaft lediglich ruhe und mit deren Aufhebung automatisch wieder in Kraft trete. (28)

Staatsanwalt Steinbeck, der im Benehmen mit Oberheeresanwalt Sohl die Untersuchungen führte, stellte binnen weniger Tage fest, daß es für den Erlaß eines richterlichen Haftbefehls keine Handhabe gab, und es gelang ihm dann auch, die Aufhebung des Schutzhaftbefehls zu erwirken. Er machte den Vertreter des Militärbefehlshabers zudem bereits am 25. Juli darauf aufmerksam, „daß mit einem Freispruch gerechnet werden müsse sowohl aus tatsächlichen wie aus rechtlichen Gründen und wegen der Besetzung der Strafkammer mit 2 Schöffen“. Das Reichswehrministerium wollte jedoch „das Risiko eines Freispruchs auf sich nehmen“, wenn dieser lediglich aus „formal juristischen Gründen“ erfolgte, also aufgrund einer restriktiven Auslegung des § 3 der Verordnung des Reichspräsidenten. (29)

Dennoch kam Staatsanwalt Steinbeck kurz nach der Entlassung Walther Enckes aus der Schutzhaft am 26. Juli - im zeitlichen Zusammenhang mit der Aufhebung des Ausnahmezustands - zu dem Ergebnis, das Verfahren sei einzustellen. Aber offenbar widerstrebten die Militärbehörden, denn erst fast drei Monate später, am 31. Oktober 1932, erging die Einstellungsverfügung, die dem Beschuldigten lediglich mündlich mitgeteilt wurde. Den Ausschlag gab das „so wenig günstige Bild“ der Persönlichkeit des einzigen Belastungszeugen im Kontrast zu der, wie man mit leicht bedauerndem Unterton immer wieder feststellte, „dienstlich hervorragenden“ Beurteilung Enckes. Walther Encke kannte diese seine Stärke und appellierte gezielt an den Ehrenkodex des Offizierskorps. „Als ehemaliger Offizier des früheren Feldheeres sowie als Polizeioffizier“ bekräftigte er ehrenwörtlich, „keine Gesetzwidrigkeit“ begangen zu haben, erstattete Anzeige und beantragte ein Disziplinarverfahren wegen wissentlich falscher Anschuldigung gegen den Polizeiwachtmeister Heinz Schumacher, den er als „größten Gesinnungslumpen und verlogenen Denunzianten“ bezeichnete. (30)

Der 23jährige Schumacher, der im Dienst einen Kommunisten erschossen hatte und auch in ein Hochverratsverfahren gegen nationalsozialistische Polizeibeamte verwickelt worden war, hatte sich angeblich bedroht gefühlt. Er war deshalb am 21. Juli von Encke empfangen und an den Reichsbannerfunktionär Carlbergh verwiesen worden. Encke zufolge hatte sich Schumacher, der aus seiner Enttäuschung über eine angeblich in Aussicht gestellte, ausgebliebene Beförderung in den späteren Vernehmungen keinen Hehl machte, als Vertrauensmann seiner Kollegen und als Anhänger der abgesetzten republikanischen Polizeiführung dargestellt. Von Kollegen als „etwas großmäuliger, ziemlich ehrgeiziger, sehr unzuverlässiger Mensch“ eingestuft, war seine Behauptung, Encke habe für den Fall eines unbefriedigenden Ausgangs der Reichstagswahlen und des Prozesses um die Reichsexekution vor dem Staatgerichtshof eine Wiedereinsetzung Heimannsbergs durch dessen Anhänger in der Polizei und linksstehende Organisationen angekündigt, wenig glaubwürdig. (31) Encke beteuerte sowohl in seiner Vernehmung als auch in einem Pressegespräch kurz nach seiner Entlassung, „daß ich es für ein glattes Verbrechen erachten würde, zu irgendwelchen illegalen Aktionen aufzuputschen ..., solange es gegen Unrecht Rechtsmittel gibt“. (32) Oberst Heimannsberg gegenüber habe er am Abend des 20. Juli - das bestätigte seinerseits der Kommandeur - lediglich seine persönliche Treue und Anhänglichkeit zum Ausdruck gebracht.

Dienst tun konnte Encke jedoch nicht, solange das Verfahren nicht eingestellt war. Während der Ermittlung blieb er beurlaubt. Über diesen Zeitraum führte er ein Tagebuch. Es beginnt im Juli 1932 mit den geschilderten Ereignissen im Polizeipräsidium und der Verhaftung und endet im Februar 1933 mit dem endgültigen Ausscheiden aus der Polizei. Die vorliegende maschinenschriftliche Fassung vom Frühjahr 1933 beruht anscheinend auf Aufzeichnungen von Woche zu Woche. Nur hin und wieder sind kommentierende Sätze hinzugefügt, leider nicht extra gekennzeichnet, aber in der Regel leicht zu identifizieren. Eine besondere Vorsicht im Hinblick auf den Sieg des Nationalsozialismus, etwa bei der Nennung von Namen, ist nicht erkennbar. (33)

Die Monate nach seiner Entlassung aus der Schutzhaft nutzte Encke, um - neben seiner Aktivität in republikanischen Organisationen - als politischer Flaneur das Treiben der vielen Zirkel und Gruppierungen zu beobachten, die in Berlin existierten. Die Weltwirtschaftskrise, der Aufstieg der Nationalsozialisten und die innenpolitische Radikalisierung, alles das schlug sich nur am Rande in den Aufzeichnungen nieder. Die Ereignisse der Tagespolitik interessierten ihn in seinem Tagebuch kaum. Es ging ihm hier offenbar um eine andere Ebene der Reflexion.

#### IV.

Erst nach der Reichsexekution gegen Preußen wurde Encke mit dem Problem eines eventuellen aktiven und außergesetzlichen Widerstands gegen die sukzessive Zerstörung der Demokratie konfrontiert. Im Reichsbanner fand er, was er in den republikanischen Organisationen und Zirkeln ansonsten vermißte: die Bereitschaft zu kämpfen.

Das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ wurde 1924 als „Bund Republikanischer Frontsoldaten“ gegründet, in Reaktion auf die Verbände der Rechten, aber auch in Frontstellung gegen die KPD. Das populardemokratisch und auf einen republikanischen Nationalpatriotismus orientierte Reichsbanner hatte beachtliche Erfolge bei der Rekrutierung junger Mitglieder, namentlich aus der Arbeiterschaft, die von dem kämpferischen Habitus angesprochen wurden. Sie bildeten die Basis der militanten „Schutzformationen“, der eigentlichen Wehrorganisation, bei deren Ausbildung verschiedentlich Polizeioffiziere halfen. Walther Encke gehörte zu ihnen. (34)



Die permanente antifaschistische Mobilisierung, namentlich seit der Gründung der „Eisernen Front“ aus SPD, Reichsbanner, Freien Gewerkschaften und Arbeitersportverbänden Ende 1931, hatte in dem Verband Erwartungen geweckt, die mit dem 20. Juli 1932 eine herbe Enttäuschung erfuhren. Encke: „Abends [31. August 1932] war eine Funktionärsbesprechung des Reichsbanners, Ortsgruppe Schöneberg, bei der es ziemlich erregt herging. Überall dieselbe Parole: weg mit den alten Führern!“ Und ein paar Tage später stellt er in der Reichsbanner-Ortsgruppe Lichtenberg fest: „Überall dasselbe Bild, Erbitterung über die bisherige Führerschaft. Wenn nicht bald dieser Stimmung Rechnung getragen wird, muß es zu schweren Erschütterungen kommen.“ (35)

Encke teilte die Empfindungen der Basis. Er sah dabei keinen Widerspruch zu seinem Verhalten am 20. Juli 1932. Statt dessen nutzte er seine Popularität, um für eine Reform des Reichsbanners zu werben. So berichtet er von einer „Besprechung einiger Aktivisten“, die zu dem Entschluß gekommen seien, „daß das Reichsbanner grundlegend umorganisiert und straffer durchgezogen werden müßte. Voraussetzung für einen derartigen Umbau sei die Loslösung von jedem Parteieinfluß und völlige Unabhängigkeit der Gliederung. Ich setzte mich persönlich dafür ein, daß künftig jede Doppelfunktion aufhören müsse, denn in dieser Doppelfunktion läge der Keim des Krebschadens.“ (36)

In erster Linie waren es die Funktionäre der SPD, gegen die sich Encke richtete. Die Sozialdemokraten bildeten mit rund 90 % das Gros der Mitglieder des Reichsbanners. Zentrumsanhänger und bürgerliche Liberale, ohnehin in der Minderheit, zogen sich in der Endphase der Republik eher noch weiter aus der Mitgliedschaft und den Führungsgremien zurück und verweigerten sich namentlich der Eisernen Front, die faktisch auf eine Zusammenfassung der verschiedenen Zweige der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung beschränkt blieb. Der Appell an das „demokratische Bürgertum“, sich ungeachtet eventueller früherer „Fehler und Ungeschicklichkeiten“ des Reichsbanners angesichts der Drohung des Nationalsozialismus dem republikanischen Wehrverband anzuschließen, blieb fast ungehört. (37)

Die Minderheit der bürgerlichen Demokraten im Reichsbanner wollte nicht akzeptieren, daß dieser Tatbestand hauptsächlich objektive Gründe besaß, die in dem Niedergang des Liberalismus und dem Bedeutungsverlust der eindeutig demokratischen Kräfte im politischen Katholizismus zu suchen waren. Encke machte die Dominanz der Sozialdemokraten für den aus seiner Sicht unbefriedigenden Zustand des Reichsbanners verantwortlich. Deren Erfahrungen „reichen über das Vereinsmäßige nicht hinaus und sind für eine hündische Organisation nicht brauchbar“. „Es steckt im Reichsbanner zuviel Unteroffiziersgeist.“ Enckes angesichts sonstiger Unbefangenheit auffällig starken, affektiv aufgeladenen Vorbehalte gegen die SPD waren nicht frei von bildungs- und besitzbürgerlichen Ressentiments gegen den Funktionärstyp, wie ihn die Arbeiter-, vor allem die Gewerkschaftsbewegung hervorbrachte.<sup>38</sup> Doch mit seiner Kritik stand Encke nicht allein. Der linkskatholische Publizist Flubertus Prinz zu Löwenstein, mit Encke gut bekannt, beklagte in der Rückschau ebenfalls einen „Mangel geeigneter höherer Führer. Zum großen Teil rekrutieren sich diese nämlich aus dem alten und verbrauchten Parteiapparat der SPD, und viele von ihnen haben sich stärker der Partei als dem Bunde verpflichtet gefühlt.“ (39)

Der Preußenschlag stürzte das Reichsbanner in eine schwere Krise, „der innere Elan, die robuste und unkomplizierte Aggressivität des Frühjahres und Frühsommers [waren] endgültig dahin“, schreibt Karl Rohe über die Stimmung im Herbst 1932. (40)

Und wie sah Encke die Situation? Nach außen hin zeigte er im Hochsommer kämpferischen Optimismus. Auf der Verfassungsfeier des Charlottenburger Reichsbanners, von der überfüllten Versammlung „stürmisch begrüßt“, rief er der Menge zu: „Es sind genug Kräfte da, die bereit sind, sich für die Demokratie zu opfern. ... Tritt gefaßt, Fahnen in die Hand, Freiheit!“ (41) In seinem Tagebuch machte er sich über den Wert dieser Kräfte keine Illusionen: „Williges, aber gänzlich ungeschultes Material. Die Begeisterung, sich kämpferisch für die Republik einzusetzen, ist größer als das Können.“ Und an anderer Stelle resignierte er: „Was in den vielen Jahren versäumt ist, läßt sich jetzt nicht mehr nachholen. Obwohl ich mir wenig Hoffnung machte, erklärte ich mich bereit, einen Unterführerkursus über Wehrsport, Anlage von Geländeübungen usw. abhalten zu wollen.“ Wie chancenlos das Reichsbanner im Kampf gegen die Reichswehr gewesen wäre, mußte Encke nach einer wehrsportlichen Übung im Spandauer Forst erkennen. Er spricht von einem „Trauerspiel“. (42)

Und dennoch stieß bei Encke das Verhalten demokratischer Politiker, die angesichts der politischen Situation aufgaben, auf scharfe Ablehnung. Über ein Treffen mit Grzesinski notierte er: „Der Besuch war für mich eine starke Enttäuschung. Gr. schien sich mit der Lage abgefunden zu haben und sah die Ereignisse von dem Standpunkt eines Menschen an, der auf Grund seiner wirtschaftlichen Verhältnisse es sich leisten kann, in Ruhe abzuwarten, bis wieder bessere Tage kommen. Es ist erschütternd zu

sehen, wie wenig sich diese Führer für all das, was geschehen ist, verantwortlich fühlen. Die Empörung der Massen ist durchaus berechtigt. Hoffentlich führt sie dazu, daß keiner dieser erfolglosen Führer wieder an hervorragender Stelle tätig wird ... Leider ist bei dem duldsamen deutschen Volkscharakter nicht ohne weiteres damit zu rechnen.“ (43)

Enttäuscht war Encke auch über die Haltung seines früheren Vorgesetzten und Vertrauten Heimannsberg, der ihm im September 1932 andeutete, er wolle den Widerstand gegen seine Verabschiedung aufgeben, um finanzielle Nachteile zu vermeiden: „Wo aber bleibt der republikanische Führer in gehobener Stellung, der sich in dieser Zeit voll und ganz einsetzt?“ Bereits kurz nach seiner Freilassung aus der Haft hatte Encke einem befreundeten Kölner Polizeibeamten geschrieben, er habe die Erfahrung machen müssen, „daß die hervorragendste Tugend aller Republikaner die Angst ist ... Wir müssen wieder von vorne anfangen ...“ (44)

Nicht besser als mit den etablierten republikanischen Organisationen und Individuen stand es nach Enckes Eindruck mit den nonkonformen Zirkeln. Die Redebeiträge auf einer Veranstaltung der Liga für Menschenrechte Anfang August 1932 erlebte er als „sehr matt“. Einem „pazifistischen Tee“, einer Runde von Intellektuellen, die sich Mitte November zusammenfand, haftete - so meinte er - etwas „Spukhaftes“ an: „Klar und überzeugend in ihrem Ideengehalt, jedoch völlig abgewendet von den realen Verhältnissen, starr an Lehrsätzen festhaltend, nur einem kleinen Kreis verständlich, keine Verbindung zur Masse.“ Beim Republikanischen Reichsbund, einem überparteilichen Zusammenschluß von Persönlichkeiten des staatstragend-republikanischen Lagers unter Einschluß einer Reihe kritischer Linksintellektueller, hatte er kurz zuvor eine Zuhörerschaft erlebt, „die über den Niedergang der Republik jammert und klagt und doch froh ist, das Leben noch zu haben, eine Diskussion, die die Welt aus den Angeln heben würde, wenn sie bloß den Angelpunkt wüßte. Nur opfern und kämpfen will keiner. Ein klägliches Heer. Ich weine ihnen keine Träne nach, auch wenn ich selbst unter die Räder gerate. Ohne Vernichtung dieser Schicht kann sich nicht Neues entwickeln.“ (44)

Diese von Verbitterung und dem Wunsch nach Abrechnung diktierten Aussagen - in diesen Formulierungen, was zu bedenken ist, möglicherweise erst nach der Machtübernahme Hitlers zu Papier gebracht - stehen nicht allein. Eine Reihe entschiedener Antifaschisten unterschiedlicher Richtung empfanden ähnlich wie Encke, so etwa Julius Leber in seiner 1933 während der Gefängnishaft verfaßten Schrift: „Die Todesursachen der deutschen Sozialdemokratie“, in der er seine Partei und besonders deren führende Vertreter rücksichtslos kritisierte. (46)

V.

Parteipolitisch war Walther Encke in der Radikaldemokratischen Partei (RDP), einer linksbürgerlichen Splittergruppe, engagiert, die er selbst mitbegründet hatte. „Zum Parteibonzen eigne ich mich nicht“, bekannte er mehr selbstironisch als selbstkritisch. Und doch gehörte er zu den führenden Persönlichkeiten der Radikaldemokraten, war Mitglied des Berliner Gauvorstandes und zeitweise Geschäftsführer. Zur Reichstagswahl am 6. November 1932 stand er sogar als Spitzenkandidat auf der Liste der Partei, die zum ersten und einzigen Mal auf nationaler Ebene an einer Wahl teilnahm. Encke war klar, daß er keine große Chance hatte, und sah sich als „Zählkandidat“. Daß es ein solches „einzig dastehendes Fiasko“ werden würde, hatte er wohl nicht geahnt. Die RDP, die allerdings nur etwa in einem Viertel der Wahlkreise kandidierte, erhielt ganze 3793 Stimmen (0,0 %), davon 938 in Berlin. Obwohl durch eine Listenverbindung mit der SPD gesichert war, daß die Stimmen nicht unter den Tisch fielen, reichte diese Stimmenzahl bei weitem nicht aus, ein Mandat zu erringen. Die nachträgliche Selbstrechtfertigung durch den RDP-Spitzenkandidaten klang etwas gequält: „Insofern war der letzte Protest eines sterbenden kleinen Grüppchens, das das Beste gewollt hat, immer noch besser als das großmäulige Geschrei der andern Parteien, die so jämmerlich zu Grunde gehen sollten.“ Nur aus Loyalität will sich Encke auf den „Irrsinn einer Wahlbeteiligung“ eingelassen haben. (47)

Enckes Verhältnis zur RDP und zu seinem eigenen Wirken in ihr war offenkundig zwiespältig. So sehr er angesichts des vermeintlichen Versagens der etablierten republikanischen Kräfte den Gedanken einer selbständigen, entschieden demokratischen, linksbürgerlichen Partei bejahte, so negativ, ja vernichtend war seine Einschätzung der Handlungsfähigkeit der Splittergruppe. Vor allem bedauerte er den Mangel an Selbstdisziplin in den einzelnen Gliedern, so „daß das durchaus aner kennenswerte Streben nach Aktivität sich immer wieder in krampfartigen Handlungen auflöst“.48 Die Kandidatur zur Reichstagswahl war in der Tat kein Zeichen wachsender Stärke, sondern im Gegenteil ein Ausdruck sektiererischer Verengung, von Orientierungslosigkeit und organisatorischem Zerfall. Die Reichsvertretertagung in Berlin am 8. und 9. Oktober 1932 verdiente kaum diesen Namen. Es ist bezeichnend, daß Encke eine vergleichbar wä hlerschwache und seines Erachtens gänzlich

überflüssige Kleinpartei, die Sozialrepublikanische Partei des früheren Reichsbannerführers Otto Hörsing, zum Vergleich heranziehen mußte, um das Bild der RDP ein wenig ansehnlicher erscheinen zu lassen. (49)

Die RDP war eingebunden in das begrenzte, aber lebendige linksbürgerliche Milieu, das von Organisationen wie der Deutschen Liga für Menschenrechte und der Deutschen Friedensgesellschaft geprägt wurde und durch Zeitschriften und Zeitungen wie „Die Weltbühne“, „Das Andere Deutschland“, „Die Menschenrechte“, die „Deutsche Republik“, „Die Neue Generation“, die „Berliner Volkszeitung“, die „Welt am Montag“ und den „Dortmunder Generalanzeiger“ auch in eine breitere Öffentlichkeit ausstrahlte. (50) Der auflagenstarke Dortmunder Generalanzeiger hatte für die RDP eine spezielle Bedeutung: Sein Chefredakteur Jacob Stöcker sympathisierte mit den Radikaldemokraten, und Max Reinheimer, ein anderer Redakteur, gehörte dem RDP-Parteiausschuß an. Auch eine Reihe bekannter bürgerlicher Pazifisten der gemäßigten wie der radikalen Richtung waren Mitglieder der Radikaldemokratischen Partei, in der Regel aber nur nominell und mit einem tendenziell abnehmenden Engagement: der Historiker und Friedensnobelpreisträger Ludwig Quidde, der frühere freisinnige Reichstagsabgeordnete Johannes Leonhard, der demokratische Politiker und Publizist Helmuth von Gerlach, der General a. D. und Friedensaktivist Paul Eugen Freiherr von Schoenaich, der langjährige Chefredakteur der „Vossischen Zeitung“, Georg Bernhard, und der Berliner Rechtsanwalt Willy Braubach. An der Bedeutungslosigkeit der RDP änderte das nichts. Nur in Hessen konnte es nach dem Übertritt zweier linksliberaler Landtagsabgeordneter zeitweilig so scheinen, als wäre die neue Partei imstande, sich zu konsolidieren. (51)

Die RDP wurde am 30. November 1930 durch die Überführung der vier Monate zuvor gebildeten Vereinigung Unabhängiger Demokraten (VUD) in eine Partei gegründet. Die VUD suchte diejenigen Mitglieder und Anhänger der DDP zusammenzufassen, die den Zusammenschluß der Liberalen mit dem Jungdeutschen Orden Arthur Mahrauns und seiner Volksnationalen Reichsvereinigung ablehnten und ebenso, nach dem Scheitern dieses Experiments, das Aufgehen der DDP in der - fast nur noch aus ihr bestehenden - Deutschen Staatspartei (DStP). Einige namhafte Vertreter des Arbeitnehmerflügels und seiner sozial-republikanischen Politik traten wie Anton Erkelenz und Ludwig Bergsträsser direkt zur SPD über, andere Gegner des „Staatspartei“-Kurses blieben trotz Bedenken in der alten, umbenannten Organisation.

Der Weg von der „Demokratischen“ zur „Staats“-Partei beinhaltete mehr als eine Änderung des Namens. Durch die Betonung eines abstrakten Staatsgedankens und ihrer spezifischen Idee der Volksgemeinschaft gegenüber der Pluralität der Interessen sowie durch die Forderung nach einem nach innen und außen starken Staat knüpfte die DStP nicht nur teilweise an noch vom Konstitutionalismus des Kaiserreichs geprägte, altliberale Traditionen an, sondern sie suchte zugleich Anschluß an die mehr oder weniger deutliche Distanzierung auch des gemäßigten Bürgertums vom parlamentarischen System in der Form des massendemokratischen Parteienstaats. Der Versuch, sich mit dem ursprünglich aus der Jugendbewegung und den Freikorps der Nachkriegszeit kommenden und weit rechts angesiedelten, in wichtigen Punkten aber vom Rechtsradikalismus abweichenden Jungdeutschen Orden zu vereinigen, ist in diesem Kontext zu sehen. Der Zusammenschluß in der Staatspartei war als Kern einer Konzentration und Neuformierung der politischen Mitte gedacht, über die seit 1928 viel nachgedacht wurde. (52)

Das Etikett „Rechtsruck“ allein vermag den Einfluß des Jungdeutschen Ordens auf die DDP/DStP nicht hinreichend zu beschreiben. Mit der Ablehnung einer Wirtschaftspolitik eines ungebundenen Marktkapitalismus und mit einer betont sozialen und „antiplutokratischen“ Haltung, mit der Beschwörung generationeller Gemeinsamkeiten der „Jugend“, mit der Hervorhebung von „hündischen“, „Bewegungs“- und „Erneuerungs“-Elementen gegenüber dem tradierten Parteicharakter der Demokratischen Partei sprach der Jungdeutsche Orden auch solche an, namentlich unter den Jungdemokraten wie Ernst Lemmer, die in der DDP immer auf dem linken Flügel gestanden hatten.

Die entscheidende Differenz zu denen, die dann die VUD und die RDP gründeten, bildete indessen die Wehrpolitik, die ab 1928 durch die Entscheidung über den Panzerkreuzerbau sowohl für die SPD als auch für die bürgerliche Linke ins Zentrum der politischen Auseinandersetzung geriet. In Fragen der Wehrpolitik, der Kulturpolitik, auch bei der inneren Verteidigung der Republik standen die VUD und die RDP ihrer eigenen Einschätzung nach sogar „links von der Sozialdemokratie“, die man des „politischen Spießertums“ verdächtigte. (53) Die RDP sei die „erste Partei in der Weimarer Republik“, die „eindeutig den Pazifismus als Parteimaxime vertritt“. „Wir sammeln alle, die es als ihre erste Menschenpflicht betrachten, den Krieg mit allen staatsbürgerlichen Mitteln zu verhindern.“ (54) Wie weit das pazifistische Bekenntnis gehen sollte, was also „Pazifismus der Tat“ konkret bedeuten sollte, blieb indessen

ungeklärt. Programmatisch kam einer der gemäßigten Flügel der Friedensbewegung zum Zuge, der in der Deutschen Friedensgesellschaft gegenüber den Radikalpazifisten seit Jahren in der Minderheit war.

Bei dem Wagnis der RDP-Gründung spielte die Einschätzung eine Rolle, es gebe ein, auch quantitativ relevantes, linksbürgerlich-demokratisches Potential, das überwiegend von der SPD gebunden werde, das die Sozialdemokratie aber nur als „die größte republikanische Linkspartei“ unterstütze. Walther Encke spitzte diesen Gedankengang noch zu, als die SPD unter der Regierung von Papen im Sommer 1932 ihre Tolerierungspolitik aufgab und die sozialistische Zielsetzung wieder stärker herausstrich. „Die Schaffung einer entschieden demokratischen Partei entbindet die SPD von dem Zwang, sich allzu demokratisch gebärden zu müssen, und gibt ihr die Möglichkeit, sich ihren sozialistischen Doktrinen mit aller Energie widmen zu können.“ (55)

Hatte diese Spekulation noch eine gewisse - wenn auch eher formale - Logik für sich, so überraschte die Naivität, mit der Ludwig Quidde die Aufgabe formulierte, „jene Mitglieder und Wähler der [Sozialdemokratischen] Partei, die im Begriff sind, aus Verstimmung über deren Haltung zu den Kommunisten überzugehen, nach Möglichkeit aufzufangen“. (56) Das gelang 1932 nicht einmal der links-sozialistischen SAPD in größerem Umfang, obwohl diese hinsichtlich sozialer Zusammensetzung, Milieubindung und Programmatik ungleich bessere Voraussetzungen dafür mitbrachte. Man wird aber feststellen müssen, daß das in der DDP nie ganz geklärte Verhältnis zur Arbeiterbewegung eines der zentralen Anliegen der Radikaldemokraten war. Die ersten radikaldemokratischen Vereinigungen hatten sich, von Dortmund ausgehend, Anfang 1930 im Ruhrgebiet gebildet aus Protest gegen Bürgerblock-Bündnisse der DDP auf der kommunalen Ebene. Wo die RDP örtlich aufgrund ihrer Stärke überhaupt wahrgenommen wurde, wie im westfälischen Lüdenscheid, legte die Sozialdemokratie auf einen solchen Bündnispartner keinen Wert. Als „ein bürgerliches Parteigrüppchen, das auf dem Boden des Privateigentums steht und sich im übrigen radikaler gebärdet wie die „Kommunisten“, sei die RDP „ein höchst überflüssiges Gebilde“. (57)

Programmatisch setzte die RDP den äußersten linken Flügel der DDP fort, und auch zur DStP blieben geistige Verbindungslinien bestehen. Die Demokraten hatten 1928 in einem Wahlflugblatt gefordert, „von der unvollkommenen zur vollkommenen Republik“ voranzuschreiten und eine ganze Reihe von Reformen vorgeschlagen. (58) Die RDP trat, größtenteils daran anknüpfend, für eine Änderung des Parlaments- und Wahlrechts („nicht Listen, sondern Männerzentrale“), den Einheitsstaat bei dezentralisierter Verwaltung, eine „sozialgebundene Wirtschaft auf privatwirtschaftlicher Grundlage“ mit der Möglichkeit der Enteignung von monopolartigen Unternehmen und Kartellen, „Betriebsdemokratie“, den Ausbau sozialer Leistungen und die Begrenzung hoher Einkommen, eine Bodenreform zu Lasten des Großgrundbesitzes, die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit mittels „neuer Arbeitsverteilung durch verkürzte Arbeitszeit“, Einheitsschulen, Trennung von Kirche und Staat, internationale „restlose Abrüstung“ und „Völkerversöhnung“ mit dem Ziel der „Vereinigten Staaten von Europa“ ein. Nachdrücklich und demonstrativ bejahten RDP-Autoren den Schutz der Reichsfarben, verlangten die Ausschaltung verfassungsfeindlicher Beamter und stellten angesichts der „Klassenjustiz“ sogar die Unabsetzbarkeit von Richtern in Frage „für alle diejenigen Herren, die sich nicht offen und freudigen Herzens zu der deutschen Republik bekennen“. (59)

„Die Republik ist eine Scheinrepublik, solange sie vor den Generälen und dem Geld, der reaktionären Bürokratie und dem Geschrei politischer Narren kapitulieren muß. Wir verlangen von ihr den Mut, sich zu sich selbst zu bekennen, wir verlangen den Willen zur Macht und zur Tat. Wir sammeln alle, die an den Ideen von Schwarz-Rot-Gold, an der Freiheit und an dem Ideal des sozialen Volksstaates nicht rütteln lassen wollen. Wir verbünden uns mit dem, dessen ehrlicher Wille, der Republik zu dienen, allen Zweifeln standhält. Wir bekämpfen die Lauheit und die Trägheit, die Reaktion auch im scheinrepublikanischen Gewand, aber auch die verbrecherische Tollheit verantwortungsloser Hetze.“ (60)

Der Reichsbund der Radikaldemokratischen Jugend, überwiegend auf dem linken Flügel der RDP stehend, ging aus den pazifistischen, weitgehend sogar radikal-pazifistischen Gruppierungen der DDP-Jugend hervor, beheimatet hauptsächlich in Berlin-Brandenburg, Hamburg, Rheinland-Westfalen und Bayern. Wie vor ihnen schon andere Pazifisten, waren die beiden führenden Jungdemokraten Erich Lüth und Otto Stündt nach heftigen Auseinandersetzungen über Verteidigungspolitik im Frühjahr 1930 aus der DDP ausgetreten; mit weiteren ehemaligen, teilweise einflußreichen Jungdemokraten, wie Werner Burmeister und Werner Wilk, arbeiteten sie dann an führender Stelle in der VUD und der RDP mit. Für die Sprecher der Radikaldemokratischen Jugend war das Versagen der etablierten Republikaner nicht zuletzt eine Generationsfrage. Ein Zeitschriften-Bertrag geißelte die „Generation der Ohnmacht“ und stellte kategorisch fest: „Die Prominenten sind nur ein Hindernis für den kommenden

Aufbau der Demokratie.“ „ Nur mit jüngeren, unbelasteten Kräften kann eine zweite, bessere und dauerhaftere Republik errichtet werden.“ (61) In beträchtlicher Zahl wirkten die Mitglieder der Radikaldemokratischen Jugend, namentlich in Berlin, im Reichsbanner mit (62) und trugen dazu bei, daß sich die RDP als einzige bürgerliche Partei zur Eisernen Front bekannte. (63)

Walther Encke, der seine Bewunderer vor allem in der Parteijugend hatte, brachte als Spitzenkandidat der RDP zum 6. November 1932 nicht nur einen gewissen Bekanntheitsgrad, sondern auch eigene Ideen mit. Es war für sein Denken charakteristisch, daß er die anti- und nichtliberalen Zeitströmungen nicht einfach verdammt, sondern - bei aller Kritik - in ihrer Attraktivität und sogar in ihrer relativen Berechtigung zu erklären versuchte. Durch die Vorträge, die Encke als Teilnehmer an einem Polizeimajor-Lehrgang schon Jahre früher gehalten hatte, zog sich wie ein roter Faden die These, die Demokratie müsse erweitert und umgestaltet werden, wenn sie dem Bedürfnis nach „organischen“ Lösungen, das die kommunistischen wie die faschistischen Bewegungen jeweils auf ihre Art ausdrückten, entsprechen wolle. Dabei ging es Encke einerseits um die Ergänzung der politischen durch die „Wirtschaftsdemokratie“, womit er einen Terminus der sozialdemokratisch-freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung aufgriff - allerdings ohne deren konzeptionellen Zusammenhang. Die Demokratie müsse „alles daransetzen, um auch die Wirtschaft demokratischen Grundsätzen unterzuordnen“ - einen Ansatz sah Encke im Reichswirtschaftsrat, den er statt des föderativen Reichsrats zur Zweiten Kammer ausbauen wollte -, nur dann könnten die partikularen sozialen Kräfte einschließlich der Gewerkschaften in den Dienst des Ganzen eingespannt und „ihrer scharfen Kampfeinstellung als sozialer Gegenspieler (Klassenkampfgedanke)“ entäußert werden. (64)

Andererseits beschäftigte Encke der Gedanke, das „mechanische System der bloß gezählten, nicht gewogenen Stimmen“ durch ein stärker qualitatives, doch das Grundprinzip der Demokratie („Aufbau des Staates auf den Willen Aller, die ihn bilden“) verwahrendes System zu ersetzen. Dazu paßte auf den ersten Blick die schneidende Kritik der Radikaldemokraten am formalen Charakter der Weimarer Demokratie, die allerdings speziell gegen die Präsidialkabinette ab 1930 gerichtet war. „Es genügt nicht und ist sogar falsch, über lebendige Dinge des Staates und der Gemeinschaft ständig abzustimmen. Mitwirkung der Mehrheit, nicht Mitbestimmung muß das Ziel sein“, schrieb Encke im Frühjahr 1932. Das Bestreben der Verfassungsgeber, Staatsoberhaupt, Regierung und Parlament möglichst gleichgewichtig gegeneinander auszubalancieren, habe dazu geführt, „daß ein labiler, ausgeglichener Schwächezustand geschaffen wurde“, in dem, zumal in Krisenzeiten, ein Staat nicht existieren könne.<sup>65</sup> In zentralen Punkten, wenn auch mit entgegengesetzter Stoßrichtung, wurde somit die Berechtigung von Argumenten der Republikaner anerkannt, ohne daß der eigene Standpunkt ganz deutlich geworden wäre.

Auffällig ist die Hervorkehrung des Führertums und der Führerauslese, die - „unter Wahrung der Volksverbundenheit“ - allein von der Demokratie gewährleistet werde. Aber: „Eine aus demokratischem Lebensgefühl gebildete Gemeinschaft muß sich verbunden fühlen durch Vertrauen und Liebe. Damit gewinnt der erwählte Führer eine besondere Stellung, die an demokratische Formalien nicht gebunden sein kann. Die Arbeit des Führers, der Mensch und seine Gesamttätigkeit müssen beurteilt werden, nicht Einzelheiten. Demokratie bedeutet nicht, daß vor jeder Führerentscheidung jeder seine Meinung dazu sagen muß, sondern das Gesamtvertrauen muß vorhanden sein. Wenn dies erschüttert ist, dann jedoch weg mit dem Führer.“ (66) Mit der Vorstellung, ein spezifisch demokratisches Führertum heranzubilden, fiel Encke nicht aus dem Rahmen. In allen republikanischen Parteien einschließlich der SPD gab es solche Überlegungen.

Enckes eher hündische Auffassung von Demokratie war verknüpft mit einem Ansatz, den sein Zeitgenosse Harro Schulze-Boysen, der spätere Widerstandskämpfer, einprägsam formulierte (bei diesem allerdings Sozialrevolutionär akzentuiert): „Gegner von heute - Kampfgenossen von morgen“ (67) und den auch andere Nonkonformisten von rechts und links am Ende der Weimarer Republik vertraten: Nur durch eine Umgruppierung der politischen Kräfte in großem Stil könne eine Konstellation entstehen, in der eine nationalsozialistische Machtübernahme verhindert und der „soziale Volksstaat“ verwirklicht werden könne.

Spätestens für das Frühjahr 1933 rechnete Encke im Hochsommer 1932 mit einem wirtschaftlichen Systemzusammenbruch. Vor diesem Hintergrund stellt er in einer grundsätzlichen Betrachtung fest, in mindestens 90% der Deutschen lebe „die tiefe Sehnsucht nach einer grundlegenden Änderung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“. Weil es die Weimarer Republik „trotz ihrer Verheißung in der Verfassung“ nicht vermocht habe, „das ungebundene ‚Ich‘ durch das gebundene ‚Ich‘, also das ‚Wir‘, abzulösen“, würde das populäre „Kollektivgefühl“ von den Massenbewegungen des Sozialismus und des Nationalismus gegen seinen Ursprung gekehrt werden können. In beiden Bewegungen gelte es,

das rein Demokratische von der jeweils verabsolutierten Ideologie abzulösen und für die demokratische Volksgemeinschaft nutzbar zu machen. Diktaturneigungen unterstellte Encke dabei nicht nur den Gegnern der Weimarer Republik rechtsaußen und linksaußen sowie in den traditionellen Führungsschichten, sondern auch der SPD, deren Versuch, „den Sozialismus an die Demokratie in Gestalt und Form der Sozialdemokratie zu binden“, als gescheitert angesehen werden müsse. (68)

Ebenso wenig sei die Verbindung von Nationalismus und Sozialismus (durch die NSDAP) bzw. von Nationalismus und Kapitalismus (seitens der traditionellen Rechten) haltbar. Auch im Nationalismus, „der zweiten großen bewegenden Kraft der Zeit“ neben dem Sozialismus, sah Encke nichts anderes als „die Sehnsucht nach demokratischer Gemeinschaft und Einheit“. Selbst in Hitlers Nationalismus stecke „ein Kern guten und gesunden Nationalgefühls“. Die berechtigten Anliegen von Nationalismus, nämlich die Selbstbehauptung nach außen, die Revision von Versailles und die „Erfüllung nationaler Sehnsucht“, seien aber nur zu verwirklichen, wenn nationale Selbstvergewisserung gepaart werde „mit dem ersten Willen, zu einer größeren Einheitsform zu kommen“, und das hieß für Encke: die Einigung Europas auf dem Weg einer „wahren Völkerversöhnung und Völkerverständigung“. (69)

Enckes Ansatz hatte also nichts mit einer Anpassung an die Positionen der nationalistischen Rechten zu tun. Wo er solche „rosaroten nationalen Färbungen“ bei Republikanern wahrzunehmen meinte, kritisierte er sie, „da sie ja nicht aus einer eigenen Idee heraus geboren“ seien und deshalb wirkungslos blieben müßten. (70) Dieser Blickwinkel erklärt auch, warum Encke den Nationalismus von rechts kommender Nonkonformisten, aber auch nationale Tendenzen in der SPD und der KPD, sofern er sie für autochthone Erscheinungen hielt, ernst nahm.

Den Radikaldemokraten fiel in Enckes Konzept die Aufgabe zu, die „falsch“ konnotierten Ideologieelemente zu trennen und als eine Art Ferment des geistig-politischen Prozesses die Kristallisierung neuer Formationen anzuregen. Es gelte, „aufzuwecken, aufzuklären, zurechtzurücken“, um „die wildgewachsenen Instinkte“ der beiden großen Strömungen „in die richtigen Kanäle zurückzuleiten“. „Es gibt so viele gesunde Kräfte in unserem Volk.“ Der dänische Journalist Jens Kronika erlebte Encke als nationalgesinnten Deutschen, für den indes „Weimar-Deutschland ... weit über Potsdam-Deutschland“ stand, und zugleich als überzeugten Europäer. Kronika zitiert den Polizeimajor mit den Worten: „Gelingt es nicht, eine neue Kriegskatastrophe zu vermeiden, wird Spenglers Wort vom Untergang des Abendlandes wahr!“ (71)

## VI.

Daß es in der Weimarer Republik nicht nur auf kultureller, sondern auch auf politischer Ebene ein sehr reges intellektuelles und publizistisches Leben gab, ist bekannt. Es spielte sich in der Regel immer noch innerhalb von einander abgegrenzter Milieus ab, auch wenn diese bereits in der Weimarer Periode an Bindekraft einbüßten. So wenig homogen die großen Lager waren -man denke an die heftigen Kämpfe zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten -, so selten kam es zur direkten Durchbrechung von deren sozialen, organisatorischen und weltanschaulichen Scheidelinien. Vom linken Flügel des Liberalismus (oder gar des politischen Katholizismus) traten - beispielsweise - nur in Ausnahmefällen herausragende Personen zur sozialdemokratischen Arbeiterbewegung über. Sensationell wirkte 1930 der Wechsel des Reichswehrleutnants Richard Scheringer von der NSDAP zur KPD, der sich auch einige andere, ursprünglich von weit rechts kommende Nationalrevolutionäre wie Beppo Römer vom Bund Oberland und der Baltikum-Kämpfer Alexander Graf Stenbock-Fermor zugesellten. Sie bildeten, von der KPD geduldet und im Hinblick auf die vermutete Wirkung sogar gefördert, um die Zeitschrift „Aufbruch“ einen eigenen national-kommunistischen Kreis. Nicht so weit in Richtung KPD wie die Aufbruch-Leute gingen andere „nationalbolschewistische“ Gruppen wie der Gegner-Kreis, die Gruppe Sozialrevolutionärer Nationalisten und der Widerstandskreis Ernst Niekischs. Diese und andere Zirkel propagierten antiliberalen und weitgehend antidemokratischen Konzepte, distanzieren sich aber nachdrücklich von der traditionellen Rechten und von der NSDAP Adolf Hitlers. (72)

Durch das Phänomen des Nationalbolschewismus kamen hauptsächlich die sozial- und nationalrevolutionären Ränder der Linken und der Rechten miteinander in Tuchfühlung. Offenbar erstreckte sich die lagerübergreifende Kommunikation aber auch auf die anderen Segmente des politischen Spektrums, wobei das Schwergewicht fraglos auf den intellektuellen Außenseitern lag. Junge Liberale gründeten eine „Diskussionsgemeinschaft Politisch Andersdenkender“ (gemeint war: VerschiedenDenkender), die zeigen sollte, daß „eine faire Diskussion immer noch möglich ist“. Der frühere Vorsitzende des Kreises, Alfred Joachim Fischer, nennt Angehörige der Deutschen Staatspartei, des Zentrums, Sozialdemokraten und Kommunisten sowie Deutschnationale und, namentlich dissidente, Nationalsozialisten als Teilnehmer der bisweilen recht heftigen Debatten. Neben den Namen

von Liberalen wie Theodor Heuss und Ernst Lemmer, linken bürgerlichen Demokraten wie Maud von Ossietzky und Zentrums Katholiken wie Hubertus Prinz zu Löwenstein sei auch Walther Encke als Redner hervorgetreten, dem es wiederholt gelungen sei, hinzugekommene SA-Leute „so zu fesseln, daß kein Zwischenruf erfolgte und sie sich am Schluß schweigend zurückzogen“. (73)

Encke selbst erwähnte die Diskussionsgemeinschaft mehrfach in seinem Tagebuchmanuskript. „Ungeheuer diskutierfreudig“, unterhielt er in seiner Wohnung aber auch einen eigenen kulturellen und politischen Salon, die „Sonnabend-Abende“, mit einer ähnlichen Zielsetzung und Zusammensetzung. „Ebenso wichtig“, so Encke, „wie die Arbeit in der Partei bzw. in republikanischen Organisationen ist für mich der Ausbau eines Kreises von Menschen, die über die weltanschaulichen und künstlichen sozialen Schranken hinweg bereit sind, sich als geistige Menschen zusammenzufinden.“ (74)

Damit skizziert Encke das Programm seiner Sonnabend-Abende. Anders als in der erwähnten Diskussionsgemeinschaft handelte es sich hier auch um gesellige Ereignisse; so konnte man im großen Entree der Wohnung Tischtennis spielen, um sich von den Diskussionen zu erholen. Künstlerische und kulturelle Fragen wurden neben politischen und gesellschaftlichen besprochen. Bewirtet wurden die Gäste hauptsächlich mit Tee und Zigaretten. Der Hausherr pflegte in einem dunkelblauen Russenkittel aufzutreten, was, wie er amüsiert registrierte, von unkundigen Kritikern prompt als Indiz für seine Kommunistenfreundlichkeit angeführt wurde. (75)

Der bereits erwähnte Journalist Jens Kronika zeichnete in der Zeitung „Flensburg Avis“, dem Organ der dänischen Minderheit, ein einfühlsames Bild: „Der Kreis ist sehr uneinheitlich zusammengesetzt aus den verschiedenen Typen und Anschauungen, aus Menschen aller möglichen Gesellschaftsschichten. Aber ein gewisses Grundmotiv muß wohl gemeinsam sein: daß man ehrlich nach einem Bissen klarer Erkenntnis sucht - mitten im Wirrwarr der Zeiten und Verhältnisse.“ (76) Fast das gesamte politische Spektrum der späteren Weimarer Republik war zuweilen vertreten - Kronika spricht von einem „Querschnitt durch unsere Zeit“. Es waren allerdings in den verschiedenen Milieus vor allem die Exzentriker und Exoten, nicht selten die „Wanderer zwischen den Welten“, die zu den häufigeren Gästen gehörten. Neben einer Reihe anderer Adelliger traf Kronika die Bildhauerin und Entdeckerin der „Zarentochter Anastasia“, Harriet Baroneß von Rathlef-Keilmann. (77)

Schon seit den frühen 20er Jahren kannte Encke Erwin Piscator (78), den berühmten avantgardistischen, linksorientierten Theaterschaffenden, mit dem er wohl durch Ernst Carlbergh zusammengekommen war. Piscator war seit 1931 überwiegend in der UdSSR tätig. Hingegen taucht der Name des Dramaturgen Felix Gasbarra, der eng mit Piscator zusammengearbeitet hatte (auch er Kommunist), in Enckes Tagebuch relativ häufig auf. Als teilnehmende Schriftsteller nennt Iwan Katz, der ebenfalls über Piscator mit Encke in Verbindung gekommen war, u. a. Alfred Kurella, den vom linken Flügel der freideutschen Jugendbewegung kommenden KPD-Parteintellektuellen, und den kommunistischen Journalisten Bernhard von Brentano.

(Kurella war in den 50er Jahren mehrfach Gast in Wiepersdorf, wo die DDR-Behörden aus dem Schloß eine Arbeits- und Erholungsstätte für Schriftsteller und Künstler gemacht hatten.) Neben Walther Mehring - der parteipolitisch nicht gebunden war, aber ebenfalls links stand - zählte ferner Adam Kuckhoff zu Enckes Gästen. Kuckhoff hatte gegen Ende der 20er Jahre die Zeitschrift „Die Tat“ geleitet, die später eine der wichtigsten Plattformen konservativ-revolutionärer Staats- und Gesellschaftskritik wurde. Auch der eingangs erwähnte Maler Fritz Kuhr war in der Regel dabei, ebenso Enckes Schwester Gerda Fries, über die und deren ersten Mann er eine ganze Reihe seiner Gäste kennengelernt hatte.

Der frühere Reichstagsabgeordnete Iwan Katz hatte Mitte der 20er Jahre zu den „Ultralinken“ in der KPD gehört, war 1926 aus der Partei ausgeschlossen worden, hatte eine eigene linksradikale Gruppe zu organisieren versucht und war in den Jahren vor 1933 in einer leitenden Stellung beim Sozialamt Berlin-Wedding tätig. Von Richard Scheringer war bereits die Rede. Wohl eher gelegentlich dürften die zeitweise führenden KPD-Funktionäre Hermann Duncker, Ernst Schneller und Hermann Remmele zu den Sonnabend-Abenden gekommen sein, wie Katz angibt. Anders Alexander Graf Stenbock-Fermor, der als „roter Graf“ und erfolgreicher Autor („Deutschland von unten“) bekannt gewordene, frühere baltische Weißgardist mit seiner Frau. Er gehörte zu den vertrauten Gästen.

Die Sozialdemokratie sei durch den Berliner Bezirksvorsitzenden Franz Künstler, einen Mann des gemäßigt linken Flügels der Partei, und den Pädagogen und Kulturpolitiker Kurt Löwenstein, den Vorsitzenden der „Kinderfreunde“, vertreten gewesen, außerdem durch Friedrich Ebert jr. Der Sohn des ersten Reichspräsidenten, der es nach 1945 als hoher SED-Funktionär zum Ostberliner Oberbürgermeister bringen sollte, hatte Mitte der 20er Jahre in der Redaktion der Zeitschrift „Firn“ - am

äußersten rechten Rand der SPD - eng mit Ernst Niekisch kooperiert. Henning Duderstadt interviewte Encke kurz nach dessen Haftentlassung für den „Vorwärts“, (79) 1933 gehörte er zu den wenigen prominenteren Sozialdemokraten, die zum Nationalsozialismus übertraten. Felix Stössinger hatte schon der Redaktion der revisionistischen „Sozialistischen Monatshefte“ angehört, bevor er 1917 für mehrere Jahre zur USPD-Zeitung „Die Freiheit“ gewechselt war.

Anwesend waren vielfach auch Angehörige des politischen Katholizismus, von denen Encke übrigens mehr hielt als von den meisten SPD- und Gewerkschaftsfunktionären: Redakteure der Zeitschrift „Hochland“, Vertreter der Berliner „Katholischen Aktion“, der Prinz und die Prinzessin zu Löwenstein. Ferner werden genannt die Söhne des deutschnationalen Ernährungsministers in den Kabinetten Papen und Schleicher, Magnus Freiherr von Braun, ein Politiker der DVP und ein Journalist der dieser Partei nahestehenden „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, verschiedene Parteifreunde aus der RDP sowie ein in Berlin lebender indischer Arzt und Anhänger der indischen Unabhängigkeitsbewegung.

Unter den nationalsozialistischen Dissidenten erwähnten Encke und andere Zeugen außer Otto Straßer und weiteren Mitgliedern der „Schwarzen Front“, namentlich Walther Stennes, Anführer der gescheiterten Berliner SA-Revolution gegen Hitler von 1930/31. Encke kannte Stennes -,immer noch der alte, kindliche und etwas leutnanthafte Abenteurer“<sup>80</sup> - persönlich aus den frühen 20er Jahren, als dieser einer berühmt-berüchtigten Hundertschaft der Berliner Polizei angehört hatte. Im März 1920 hatte Stennes zu denjenigen Polizeioffizieren gehört, die mit dem Kapp-Putsch sympathisierten, war aber erst 1922 wegen einer Mordaffäre in seiner Einheit aus dem Polizeidienst ausgeschieden. In den 30er und 40er Jahren war Stennes Militärberater der nationalchinesischen Truppen Chiang Kaisheks im Kampf gegen die Japaner. Während er den Gegner-Kreis um Schulze-Boysen für hochstaplerisch und nicht vertrauenswürdig hielt<sup>81</sup>, hatte Encke vor Otto Straßer einen gewissen Respekt. Oskar von Arnim, ein Vetter seiner Frau und Anhänger der „Revolutionären Nationalsozialisten“ um Otto Straßer, hatte im August 1932 den Kontakt vermittelt. (Oskar und seine Frau Hedwig unterhielten einen ähnlichen literarisch-politischen Salon wie die Enckes, der teilweise von denselben Personen besucht wurde.)<sup>(82)</sup> Eine öffentliche Diskussion Straßers mit dem früheren Führer des Freikorps Oberland (dann: Bund Oberland), Hauptmann a. D. Beppo Römer (für den zur KPD übergetretenen Teil der Nationalbolschewisten) endete nach Enckes Beobachtungen mit einer Blamage Römers. <sup>(83)</sup>

Über antikommunistische Vorurteile, die er für philisterhaft hielt, glaubte sich Encke erhaben. Wie mit Vertretern anderer Anschauungen verkehrte er seit den frühen 20er Jahren unbefangen mit Kommunisten. Zusammen mit seiner Frau Bettina verfolgte er die Entwicklung der Sowjetunion nicht unkritisch, aber offenbar ohne den Terror und die soziale Katastrophe im Gefolge der forcierten Industrialisierung und Agrarkollektivierung in ihrer ganzen Tragweite wahrzunehmen - nicht anders als viele Intellektuelle, keineswegs nur auf der Linken. Walther und Bettina Encke sollen in Berlin dem kommunistisch beeinflussten „Klub der Geistesarbeiter“ als „rührige Mitglieder“ angehört haben. Jedenfalls nahmen sie gelegentlich an dessen Diskussionsveranstaltungen teil. In den Wochen vor der Machtübernahme der NSDAP soll Encke sogar seine Wohnung für Sitzungen führender KPD-Funktionäre zur Verfügung gestellt haben, die bereits konspirativ durchgeführt wurden.<sup>84</sup>

Dem deutschen und internationalen Kommunismus als Partei gegenüber war Enckes Einstellung dennoch frei von jener naiven Gutgläubigkeit, die später mit dem Namen „fellow traveller“ bezeichnet werden sollte. Wenn er der KPD, nach hypothetischer Loslösung von Moskau, zutraute, eine „sozialistische Republik“ zu erkämpfen <sup>(85)</sup>, drückte sich darin gleichermaßen Hoffnung wie Sorge aus. Unmittelbar vor dem Reichstagsbrand, am 26. Februar 1933, sprach er in einem Brief an seine Frau von den „unfähigen Führern der KPD, die selbst nichts zuwege bringen konnten in der Demokratie“ und deren Bankrott nur durch den massiven Antikommunismus und die Unterdrückung der Partei unter der Hitler-Regierung verschleiert werde. <sup>(86)</sup> Wie beurteilte man in Enckes Salon das Schicksal der Republik? Enckes Tagebuch läßt interessante Dispute ahnen. Über einen Abend Mitte November 1932 berichtet er: „Heimannsberg lebte sich in seiner gewandten Art bald ein und unterhielt sich vor allem sehr lebhaft mit Katz und Dr. Wrede [Zentrum], Ersterer kündigte die Revolution auf Frühjahr 33 an, letzterer gab Papen nur sehr wenig Chancen und prophezeite Schleicher als kommenden Diktator. Zwischen beiden Propheten spielte Heimannsberg den Romantiker mit seinem Glauben an die Rückkehr vergangener demokratischer Zeiten. Im Hintergrund mit teils verbindlichem, teils mokantem Lächeln der rote baltische Graf Stenbock, klein und schwächling mit den Allüren seines alten Geschlechts und mit dem ganzen Fanatismus eines kommunistischen Revolutionärs.“ „Stenbock ist mir ein gewisses Rätsel. Er hat durchaus die Allüren des baltischen Aristokraten, führt eine gut geschulte, reiche ästhetisierende Unterhaltung, gerät aber sofort in ein fanatisches Feuer, sowie er über seine sozialistisch-kommunistischen Ideale spricht. Die Idee muß ihn doch mächtig gepackt haben.“ „Sein Gegenstück von derselben Fakultät ist Alfred Kurella ... Eine Art St. Just, schroff im Urteil und in der



Form, ein kalter, erbarmungsloser Fanatiker ohne Konzession und Kompromiß. Daneben wirkt Katz in seiner verbindlichen Form, seinem Sinn für bürgerliche Kultur wie aus einem ganz andern Lager, Parlamentarismus verträgt sich nicht mit revolutionärer Gesinnung, sondern schafft unabhängig von dem Inhalt der vertretenen Partei einen eigenen Typ.“ Katz fehle der unbeirrbar Glaube an eine Idee. „ Er sucht daher den Kampf in der dialektischen Auseinandersetzung und nicht in der Tat.“ (87)

Encke erweist sich auch hier als ein genauer und mit feiner Ironie ausgestatteter Beobachter: „Ein sehr kluger Mann ist Dr. Wrede, der mit dem Nationalsozialisten von Nellen ein gutes dialektisches Treffen führte. - [Der Schauspieler] Krieg ist [von der KPD] zur schwarzen Front übergetreten und vertritt seine neuen Ideen mit demselben Fanatismus und derselben Emphase, aber auch mit derselben Kindlichkeit wie seine alten ... Burmeister [ehemals RDP] schwört jetzt auf die SPD, d. h. er schwört nicht darauf, sondern glaubt, sie von Grund auf revolutionieren zu können. Wann wird er seinen Kinderglauben aufgeben? Um den starren Funktionsapparat der SPD zu sprengen, sind größere Männer nötig, als Burmeister ist. Er wird solange gegen die Bonzen reden, bis sie ihm die Klappe verbieten.“ (88)

Ein Dissens mit durchaus grundsätzlichen Zügen trennte Encke von seinem langjährigen Freund Dr. Helmuth Mylius, einem früheren Verehrer seiner Frau Bettina, der im Herbst 1932 nach längerer Abwesenheit von Berlin an einem der Sonnabend-Abende teilnahm und den Gastgeber durch - wie dieser meinte - nationalistische Ausfälle gegen Dänemark verärgerte. Mylius war ein Mittelstandspolitiker, der zugleich von nationalbolschewistischen Ideen beeinflusst war. Seine Radikale Mittelstandspartei, eine Abspaltung der Wirtschaftspartei, verspottete der RDP-„ Spitzenkandidat“ Encke in seinem Tagebuch als „ ein Grüppchen, das als Abzeichen ein Jägerhütchen mit Rasierpinsel hat und sich von der Deutschnationalen Partei ins Schlepptau nehmen läßt“. (89) Die gemeinsame Ablehnung der Hitler-Diktatur brachte die beiden Freunde dann auch politisch wieder enger zusammen.

## VII.

Walther Encke rechnete nach dem Rückschlag der NSDAP bei der Reichstagswahl am 6. November 1932 wie die meisten seiner Gäste mit der „Diktatur“ unter General von Schleicher, also mit einem auf die Reichswehr gestützten autoritären Regime, nicht aber mit dem Hitlerschen Radikalfaschismus.<sup>90</sup> Um die Jahreswende 1932/33 war unter den Republikanern eher Optimismus als Pessimismus zu spüren: Der Stimmenrückgang der NSDAP hatte sich bei Kommunalwahlen in Thüringen und Sachsen fortgesetzt; eine Konjunkturwende deutete sich an. Jedenfalls hatten viele den Eindruck, die Weimarer Republik habe „ihre schwerste Probe überstanden“. (91)

Ob Encke diese Sicht teilte, wissen wir nicht. Doch der Ton seiner Tagebuchäußerungen wurde gegen Ende 1932 entspannter. Anfang November teilte man ihm die Einstellung seines Hochverrats-Verfahrens vom Juli mit, nachdem die Aussagen des Belastungszeugen sich auch für die Untersuchungsbehörden als haltlose Denunziation erwiesen hatten. (92) Auf seinen Berliner Posten durfte Encke jedoch auch jetzt nicht zurückkehren. Nachdem eine Tätigkeit an der Polizeischule in Bonn erwogen worden war, wurde er schließlich nach Krefeld versetzt, wo er ab Anfang Januar 1933 als Stellvertreter des dortigen Polizeipräsidenten Wilhelm Elfes, eines überzeugten Demokraten vom Arbeiterflügel des Zentrums, Dienst tat. (93) In den fünfziger Jahren gehörte Elfes, mit dem Encke auch nach 1933 Kontakt hielt, zu denjenigen katholischen Politikern, die in entschiedene Opposition zur Adenauer-Regierung traten. Neben dem früheren Reichskanzler Joseph Wirth, dann in dessen Nachfolge, stand Elfes an der Spitze des DDR-freundlichen „Bundes der Deutschen“. (94)

Die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 zog binnen eines Monats die Suspendierung und dann später die Zwangspensionierung Enckes nach sich. Am 26. Februar war er wieder in Berlin, wo er bald darauf seine Dienstwohnung räumen mußte; Mitte April bezogen er und seine Familie eine Atelier-Wohnung in Charlottenburg, die bald wieder zum Treffpunkt von Nonkonformisten, Hitlergegnern, Juden und politisch Verfolgten wurde. Da man davon ausging, das Telefon werde abgehört, habe man bei Gesprächen politischen Inhalts den Fernsprechapparat mit einer Decke umhüllt, erinnerte sich später Bettina Encke. (95) Zunächst aber vermittelte Walther Encke seiner Frau den Eindruck, er sei politisch „jetzt (Anfang März 1933) ganz neutral, da seine Richtung jetzt nicht gefragt ist“. (96) Vielleicht handelte es sich um einen Moment der Resignation; in erster Linie wollte er aber wohl bei der besorgten Gattin bewußt einen falschen Eindruck hinterlassen. Jedenfalls stand Encke wie seine Mitgefangenen vom Juli 1932 jetzt ein Jahr lang unter Polizeiaufsicht.

Auf dem Höhepunkt der - scheinbar offenkundigen - Popularität des Regimes, im Frühjahr 1936, als Bettina niedergeschlagen die „Verwirrung“ der Welt beklagte und an der Fähigkeit des Volkes zur Selbstbestimmung zweifelte („Es ist lieber ein Baby als ein Mann ...“), tröstete sie Walther mit seiner

Lebensphilosophie: In der Spannung von Auf und Ab bestehe „das Lebensgesetz“. Durch das „dialektische Lebensgefühl“ werde auch das Denken dialektisch „und damit das Leben ungefährlich“. Dieses „Denken in einer höheren Ordnung“ mache es ihm möglich, die Notwendigkeiten der Entwicklung anzunehmen, ohne die innere Freiheit zu verlieren - „auch dann, wenn es sich darum handelt, Unsinn nicht mitzumachen. Vergangenheit und Gegenwart verlieren ihre Wertungen ... und sind nichts als notwendige Pole im Kraftfeld der Entwicklung. Das erlebe ich nicht passiv, sondern aktiv. Denn jedes Element, jedes winzige Atom, das dem erkannten Rhythmus sich beugt, vermehrt seine Schwingungen.“ (97)

Ob man von einem „Encke-Kreis“ des Widerstands in direkter Kontinuität der Sonnabend-Abende sprechen kann (98), muß hier offenbleiben; die Belege sind allzu vage. Allerdings zeugt die Tatsache, daß Encke unbehelligt blieb, nicht zwingend gegen eine konspirative Arbeit, die sich dann logischerweise auch nicht in den staatlichen Verfolgerakten nachweisen läßt. Oskar und Hedwig von Arnim standen 1939 wegen jahrelanger Kontakte zu Otto Straßer und der Schwarzen Front vor dem Volksgerichtshof (99); auch Encke hatte Straßer ja 1932 getroffen. Helmuth Mylius, der radikale Mittelstandspolitiker, wirkte ebenfalls illegal gegen das NS-Regime und soll 1935 in Berlin-Reinickendorf eine Widerstandsgruppe gegründet und ein Attentat auf Hitler geplant haben. (100) Auch andere aus dem Kreis der Sonnabend-Abende gingen in den Widerstand wie Graf Stenbock-Fermor. Nach 1945 arbeitete er als Drehbuchautor bei der DEFA. Adam Kuckhoff wurde Mitglied der von Harro Schulze-Boysen und Arvid Harnack geleiteten Widerstandsgruppe („Rote Kapelle“) und mußte nach deren Entdeckung 1943 sein Leben lassen. Hubertus Prinz zu Löwenstein beteiligte sich im Ausland sehr aktiv an Versuchen, das deutsche politische Exil zusammenzuschließen. Dabei schreckte er auch vor Volksfront-Bündnissen nicht zurück, geriet gegen Ende des Krieges jedoch über die sowjetische Kriegszielpolitik in heftigen Streit mit den Kommunisten, den er im kalten Krieg als Publizist fortsetzte. Fritz Kuhr - wie Mylius im Zweiten Weltkrieg Soldat - geriet in russische Gefangenschaft und wurde 1948 Professor an der Hochschule für Bildende Künste in Berlin.

Die familiäre Verbindung mit den Arnims und die eigenen, breit gestreuten beruflichen, politischen und gesellschaftlichen Beziehungen aus den Jahren vor 1933 verschafften Encke im „Dritten Reich“ vielerorts Zugang. Um eines jener informellen Netze von Einzelpersonen und kleinen Zirkeln knüpfen zu können, die für den deutschen Widerstand seit der zweiten Hälfte der 30er Jahre charakteristisch waren, befand sich Walther Encke in einer günstigen Position. Iwan Katz gibt an, daß Encke über ihn dem Vize-Generalkonsul der UdSSR in Berlin in der Zeit des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts Nachrichten über die Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion zukommen ließ, die er von Bekannten aus dem Generalstab erhalten hätte. (101) Der politisch und rassistisch verfolgte Katz selbst fand nach seiner Entlassung aus dem KZ 1938 durch Walther Encke eine Anstellung als Expedient derselben von Friedmund von Arnim geleiteten Holzverkaufsfirma Jahr, Gawron u. Co., der Encke zusammen mit seinem alten, aus Berlin auf das Arnimsche Gut nachgeholtten Reichsbanner-Freund Carlbergh als Gesellschafter angehörte. Encke, der naturgemäß Schwierigkeiten hatte, nach seiner Entlassung aus dem Polizeidienst eine neue Stelle zu finden, war von den Arnims zunächst mit der Ordnung und Betreuung des Archivs und der Bibliothek des Schlosses Wiepersdorf beauftragt worden. Bereits Ende der 20er Jahre hatte er am handschriftlichen Nachlaß der Urgroßmutter seiner Frau, Bettina von Arnim, gearbeitet, als seine Schwäger aus wirtschaftlichen Gründen einen erheblichen Teil davon versteigern ließen. Bei seiner Arbeit in der Bibliothek förderte Encke auch den jüdischen Literaturwissenschaftler Werner Milch, der 1939 ins Exil ging. (102)

Encke starb unerwartet im Alter von nur 47 Jahren am 14. Mai 1941. Die Todesursache wurde nicht eindeutig geklärt; man vermutete einen Zusammenhang mit einer Malaria-Infektion aus dem Ersten Weltkrieg. Seine Witwe, die den aus einer erneuten Haft entflohenen Iwan Katz während des Krieges bei sich verbarg, bevor er 1944 noch für einige Monate nach Auschwitz kam, saß nach dem Einmarsch der Roten Armee und der ersten Bodenreform vom Herbst 1945 („Junkerland in Bauernhand!“) auf dem enteigneten Boden ihres nach Tula in Rußland deportierten Bruders Friedmund. Iwan Katz, der bei der Berliner Magistratsverwaltung eine leitende Stellung erhalten hatte, erreichte mit verschiedenen Eingaben, daß Bettina Encke wenigstens an der Aufteilung des Gutes beteiligt wurde. Für die von ihr angestrebte kulturelle Nutzung des Schlosses fand sie bei den Neusiedlern wenig Verständnis und mußte im Umbruch sogar Akte krassen Vandalismus erleben. Sie wurde beschuldigt, eine „Saboteurin der Bodenreform“ zu sein und kam zusammen mit zwei Gutsinspektoren kurzzeitig in Haft, bevor sie die Verweisung aus dem Landkreis (aufgrund eines Befehls der Sowjetischen Militäradministration) dazu brachte, mit ihrer Mutter, ihren Schwestern und ihren Töchtern in den Westen auszuweichen. Friedmund von Arnim war inzwischen im russischen Arbeitslager zu Tode gekommen. (103) Während sich Ernst Carlbergh nach einer Mitarbeit in einem der im Frühjahr 1945 spontan gebildeten antifaschistischen Ausschüsse der SPD anschloß und Abteilungsleiter beim Bezirksamt Charlottenburg wurde, trat Iwan

Katz wieder in die KPD, dann in die SED ein. Er bekam jedoch bald Differenzen mit der offiziellen Parteilinie und begrüßte 1950 die Gründung der kleinen und erfolglosen, „titoistischen“ Unabhängigen Arbeiterpartei.

Anders als seitens der sozialistischen Arbeiterbewegung, der christlichen Konfessionen und der traditionellen, militärisch-bürokratischen Führungsschichten mit nationalkonservativer Orientierung, wo - jeweils in Teilen und zu verschiedenen Zeiten - Opposition und Widerstand gegen das Hitler-Regime einen immerhin relevanten Umfang annahm, läßt sich von einem Widerstand des bürgerlichen Liberalismus im weitesten Sinne als einer politischen Richtung oder gesellschaftlichen Gruppierung nicht sprechen. Allerdings gab es auch dort einzelne, die Widerstand leisteten. Auf der anderen Seite waren es nach der Zerschlagung der linken Massenillegalität und nach dem Abbremsen des Kirchenkampfes auch bei den erwähnten Hauptströmungen des Widerstands im wesentlichen einzelne, die illegal gegen das Regime arbeiteten, und es ist ganz offensichtlich, daß die Nonkonformisten und Außenseiter in allen Segmenten des politischen Spektrums des Widerstands weit überrepräsentiert waren. Walther Encke sah 1933 alle seine Ideale im „Massengrab des Liberalismus“ (104) versinken. Obwohl er realistisch genug war, die Schwere der Niederlage zu erkennen, paßte er sich nicht an, sondern blieb seinen Überzeugungen treu. An Menschen wie ihn zu erinnern, bedeutet diejenigen zu würdigen, die sich als wirkliche Patrioten erwiesen haben - auch wenn sie die braune Diktatur aus eigener Kraft weder zu verhindern noch zu stürzen vermochten.

#### Anmerkungen

1 Carl von Ossietzky: Sämtliche Schriften, hg. v. Bärbel Boldt u. a.; Reinbek 1994, S. 368 (in der Zeitschrift „Tage-Buch“ v. 20. 9. 1924). - Unser Aufsatz fußt hauptsächlich auf dem privaten Nachlaß Enckes und seiner Frau Bettina. Dieses Material wurde uns von Frau Petra Heymach, Berlin, Enckes Enkelin, zugänglich gemacht, auf deren Anregung diese Arbeit zurückgeht. Dafür und für wiederholte Hinweise danken wir ihr und Herrn Ingo Erhart, Göttingen. Des weiteren haben wir Frau Gunhild von Köhler, Eutin, und Frau Ortrud Heymach, Waldbröl, den Töchtern Enckes, sowie Frau Ruth Mylius, Stuttgart, für schriftliche und mündliche Auskünfte sowie für die Überlassung von Unterlagen zu danken. Außerhalb des familiär Überlieferten und einiger gedruckter Quellen waren die Recherchen zwar relativ aufwendig, aber nur begrenzt ergiebig. So gelang es beispielsweise nicht, Enckes Personalakte zu ermitteln. Unveröffentlichte Dokumente, deren Aufbewahrungsort nicht anders gekennzeichnet ist, befinden sich im Material P. Heymach. - Mehrfach ist Walther Encke anlässlich seines 100. Geburtstags gewürdigt worden von Julius Mader in: Potsdamer Neueste Nachrichten v. 9.7.1993 sowie v. 19.9.1993; Märkische Oderzeitung, Beilage, v. 10.6.1993. Dieser Aufsatz erscheint zugleich in: Inge Marßolek/Till Schelz - Brandenburg (Hg.): Soziale Demokratie und sozialistische Theorie, Festschrift für Hans-Josef Steinberg zum 60. Geburtstag, Bremen 1995.

2 Wolfram Wette: Von Kellogg bis Hitler (1928-1933). Die Öffentliche Meinung zwischen Kriegsächtung und Kriegsverherrlichung, in: ders./Karl Holl (Hg.): Pazifismus in der Weimarer Republik, Beiträge zur historischen Friedensforschung, Paderborn 1981, S. 149-172, hier S. 158.

3 Karl Dietrich Bracher: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Villingen 1960; Gotthard Jasper: Die gescheiterte Zähmung. Wege zur Machtergreifung Hitlers 1930-1934, Frankfurt am Main 1986; Gerhard Schulz: Von Brüning zu Hitler. Der Wandel des politischen Systems in Deutschland 1930-1933, Berlin/New York 1992 (= Zwischen Demokratie und Diktatur, Bd. 3); Erich Matthias/Rudolf Morsey (Hg.): Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960; Hans Mommsen: Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918 bis 1933, Berlin 1989; Heinrich August Winkler u. Mitarb. v. Elisabeth Müller-Luckner (Hg.): Die deutsche Staatskrise 1930-1933. Handlungsspielräume und Alternativen, München 1992; Heinrich August Winkler: Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993; ders.: Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Berlin/Bonn 1987; Diethart Kerbs/Henrick Stahr (Hg.): Berlin 1932. Das letzte Jahr der ersten deutschen Republik: Politik, Symbole, Medien, Berlin 1992; Kurt Sontheimer: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, München 1962; Joachim Petzold: Wegbereiter des deutschen Faschismus. Die Jungkonservativen in der Weimarer Republik, 2 Köln 1983; Arnim Möhler: Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932. Ein Handbuch, 3 Darmstadt 1989; Norbert J. Schürgers: Politische Philosophie in der Weimarer Republik. Staatsverständnis zwischen Führerdemokratie und bürokratischem Sozialismus, Stuttgart 1989; Jost Hermand/Frank Trommler: Die Kultur der Weimarer Republik, München 1978; Walter Laqueur: Weimar. Die Kultur der Republik, Frankfurt am Main/Berlin 1976.

4 Wilhelm Elfes: Polizeipräsident in Krefeld 1927-1933, in: Die Heimat 39 (1968), S. 53-64, hier S. 62.

5 Neue Zeit v. 27. (Zitat) 28.7.1932.

6 Hans Henning von Alten u. a.: Geschichte des Garde-Schützen-Bataillons 1914-1919, nach amtlichen Kriegstagebüchern bearbeitet, Berlin 1928, S. 164, 259, 292, 327, 330, 359, 426, 473.

7 Siehe Walther an Bettina Encke v. 23.6.1935; vgl. Clara von Arnim: Der grüne Baum des Lebens. Lebensstationen einer märkischen Gutsfrau in unserem Jahrhundert, Bern u. a. 1989, S. 190 f. (Das Buch ist nicht überall zuverlässig, so auch an dieser Stelle).

8 Ebd., bes. S. 120 f., 168.

9 Ebd., S. 118: autobiographisches Manuskript von Bettina Encke, o. D.

10 Siehe den Briefwechsel von Fritz Kuhr und Bettina Encke.

11 Bettina von Arnim an Felicitas Meinshausen v. 25.2.1921 (dort auch das folgende Zitat von Bettina Encke).

12 Walther an Bettina Encke v. 29.3.1936.

13 Radikaldemokratische Pressedienst v. 23.7.1932.

14 Bettina Encke an Felicitas Meinshausen v. 26.10. und 30.8.1923.

15 Carl Severing: Die Große Polizeiausstellung Berlin 1926. Ein Geleitwort, in: Die Polizei, Bd. XXIII, Nr. 18 v. 20.9.1926, S. 451. - Zur preußischen Polizei in der Weimarer Republik und ihrer Krise nach 1930 siehe Hsi-Huey Liang: Die Berliner Polizei in der Weimarer Republik, Berlin 1976; Eric D. Köhler: The Crisis of the Prussian Schutzpolizei 1930-1932, in: Georg Mosse (Hg.): Police Forces in History, London/Beverly Hills 1974, S. 131-150; Jürgen Siggemann: Die kasernierte Polizei und das Problem der inneren Sicherheit in der Weimarer Republik. Eine Studie zum Auf- und Ausbau des innerstaatlichen Sicherheitssystems in Deutschland 1918/19-1933, Frankfurt am Main 1980; Christoph Graf: Politische Polizei zwischen Demokratie und Diktatur. Die Entwicklung der preußischen Politischen Polizei vom Staatsschutzorgan der Weimarer Republik zum Geheimen Staatspolizeiamt

des Dritten Reiches, Berlin 1983; Johannes Buder: Die Reorganisation der preußischen Polizei 1918-1933, Frankfurt am Main u. a. 1986; Peter Leßmann: Die preußische Schutzpolizei in der Weimarer Republik. Streifendienst und Straßenkampf, Düsseldorf 1989; Dietz Bering: Kampf um Namen. Bernhard Weiß gegen Joseph Goebbels. Stuttgart 1991; Richard Bessel: Militarisation und Modernisierung: Polizeiliches Handeln in der Weimarer Republik, in: Alf Lüdtke (Hg.): „Sicherheit“ und „Wohlfahrt“. Polizei, Gesellschaft und Herrschaft im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1992.

16 Eingabe von Iwan Katz an die Abteilung Land- und Forstwirtschaft der Provinzialversammlung Brandenburg v. 3.11.1945, Material P. Heymach.

17 Zu den Ereignissen des 20. Juli 1932 und deren unmittelbarer Vorgeschichte siehe neben den in Anm. 15 genannten Titeln, vor allem Winkler, Weimar, S. 484-504; Hagen Schulze: Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung, Frankfurt am Main u. a. 1977, S. 725-762; Wolfgang Benz/Immanuel Geiss: Staatsstreich gegen Preußen, Düsseldorf 1982; Hans-Peter Ehni: Bollwerk Preußen? Preußen-Regierung, Reich - Länder - Probleme und Sozialdemokratie 1928-1932, Bonn 1975, S. 231-293; Albert Grzesinski: La Tragi-Comédie de la République allemande. Souvenirs, Paris 1934, S. 221 ff.; Otto Braun: Von Weimar zu Hitler, 2 New York 1940, S. 401 ff.

18 Richard Bessel: Political Violence and the Rise of Nazism. The Storm-Troopers in Eastern Germany 1925-1934, New Haven 1984; Eve Rosenhaft: Beating the Fascists? The German Communists and Political Violence 1929-1933, Cambridge 1983; Thomas Kurz: Blutmai. Sozialdemokraten und Kommunisten im Brennpunkt der Berliner Ereignisse von 1929, Bonn 1988; Leßmann, Die preußische Schutzpolizei (wie Anm. 15); Liang. Die Berliner Polizei (wie Anm. 15); Christian Striefler: Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik, Berlin Hauptfeind Sozialdemokratie, Strategie und Taktik der KPD 1929-1933, Düsseldorf 1982.

19 Nicht näher gekennzeichnetes Tagebuch-Fragment Walther Enckes (im folgenden zit.: Tagebuch), Eintragung zum 20.7.1932. Die folgenden Zitate von Encke ebd. (20. u. 21.7.1932). -Das Tagebuch ist nur als Fotokopie überliefert; an seiner Echtheit gibt es jedoch keine Zweifel. Zu den Vorgängen im und um das Polizeipräsidium siehe neben Liang, Die Berliner Polizei (wie Anm. 15), S. 174-181; Bering, Kampf um Namen (wie Anm. 15), S. 370-375; Graf, Politische Polizei (wie Anm. 15), S. 67 f.

20 Angaben zu Personen sind hier und im folgenden den speziellen biographischen Nachschlagewerken einschließlich der im Deutschen Biographischen Archiv zusammengestellten entnommen und werden in der Regel nicht extra belegt. Zu Carlbergh auch Karl Rohe, Das Reichsbanner (wie Anm. 34), bes. S. 473.

21 Bericht des ehemaligen Berliner Polizeikommandeurs Magnus Heimannsberg, Anhang II zu: Bracher: Die Auflösung ( wie Anm. 3), S. 735-737, hier S. 736. - Zu Heimannsberg siehe Leßmann (wie Anm. 15), bes. S. 211-214.

22 Lian, Die Berliner Polizei (wie Anm. 15), S. 174. - Zur Frage nach den eventuellen Gegenwehr seitens der Republikaner siehe außer Liang vor allem Ludwig Dierske: War eine Abwehr des „Preußenschlages“ vom 20. Juli 1932 möglich?, in: Zeitschrift für Politik 17 NF (1970), S. 197-245; Helga Grebing: Flucht vor Hitler? Historiographische Forschungsergebnisse über die Aussichten des Widerstands der Arbeiterbewegung gegen die nationalsozialistische Machtübernahme, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 4-5, 1983, S. 26-42; Winkler, Der Weg (wie Anm. 3), S. 671-680.

23 Carl Severing: Mein Lebensweg, Bd. 2, Köln 1950, S. 353.

24 Die Behauptung von Iwan Katz in seiner Eingabe v. 3.11.1945 (wie Anm. 16), Encke sei unter Einsatz seines Lebens am 20. Juli 1932 mit loyalen Schupostrreitkräften und Carlberghs Charlottenburger Reichsbannerleuten vor dem Innenministerium aufmarschiert, um Carl Severing „ aus den Händen der Reichswehr zu befreien“ und um „im offenen Kampfe den Sieg des Faschismus im letzten Augenblick abzuwenden“, entbehrt jeden Realitätsgehalts und beruht vermutlich auf einem Mißverständnis.

25 Tagebuch (26.7.1932).

26 Encke an Ratcliffe v. 30.7.1932.

27 Tagebuch (22., 23., 24.7.1932).

28 Militärbefehlshaber von Rundstedt an Staatsanwaltschaft beim Landgericht II Berlin v. 23.7.1932, Landesarchiv Berlin, Arch. Zug Nr. 399 Generalstaatsanwalt bei dem Landgericht, No. 758 (im folgenden: Blattsammlung der Staatsanwaltschaft). - Eine Schutzhaftbeschwerde Enckes wurde von Reichswehrminister von Schleicher noch mit Datum vom 25.7.1932 zurückgewiesen, da die Schutzhaft wegen „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ verfügt worden sei, „unabhängig von der Durchführung des Strafverfahrens“. Schreiben von Schleicher im Mat. P. Heymach. - Über die Inhaftierung Enckes und seiner Mitbeschuldigten berichtete ab dem 22.7.1932 ausführlich die Berliner und auch die Provinzpresse.

29 Aufzeichnung v. 25.7.1932 für die Handakten IIPJ 1388/32, Blattsammlung der Staatsanwaltschaft.

30 Erklärung Enckes an das Wehreinsetzungskommando III (Abschrift) v. 22.7.1932; Abschrift der Einstellungsverfügung v. 31.10.1932, Blattsammlung der Staatsanwaltschaft.

31 Aussage des Polizeiwachmeisters Koch v. 26.7.1932; Aussagen des Polizeiwachmeisters Schumacher v. 22.7. und 2.8.1932, Blattsammlung der Staatsanwaltschaft.

32 Interview Enckes mit der Neuen Zeit v. 27.7.1932.

33 Vgl. Anm. 19.

34 Zum Reichsbanner siehe Karl Rohe: Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966; Helga Gottschlich: Zwischen Kampf und Kapitulation. Zur Geschichte des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Berlin 1987.

35 Tagebuch (29. 8.-4.9.1932).

36 Tagebuch (15.-21.8.1932).

37 Rohe, Das Reichsbanner (wie Anm. 34) S. 400; Gottschlich, Zwischen-Kampf (wie Anm. 34), S. 110 f. (dort auzugsweise zitiert ein Appell der Eisernen Front: „An das demokratische Bürgertum“).

38 Wie Anm. 35.

39 Hubertus Prinz zu Löwenstein: Die Tragödie eines Volkes. Deutschland 1918-1934, Amsterdam 1934, S. 73.

40 Rohe, Das Reichsbanner (wie Anm. 34), S. 439.

41 Vossische Zeitung v. 18.8.1932; Der Abend v. 28.8.1932. Vgl. Tagebuch (8.-14.8.1932).

42 Tagebuch (14.-20.11.; 12.-18.9.1932). - Die verstärkte paramilitärische Aktivität des Verbandes in Berlin und anderswo nach dem 20. Juli 1932 war nicht allein ein spontanes Phänomen. Sie entsprach der Entwicklung auf Reichsebene und wurde mit der Reichsführertagung in Bremen Mitte November 1932 offizielle Linie. Siehe Rohe, Das Reichsbanner (wie Anm. 34), S. 440 ff.

43 Tagebuch (15.-21.8.1932).

44 Tagebuch (5.-11.9.1932); Encke an Kothe v. 1.8.1932.

45 Tagebuch (1.-7.8.; 14.-20.11.1932). - Zum Republikanischen Reichsbanner siehe Werner Fritsch: Republikanischer Reichsbund (RRB) 1921-1933, in: Dieter Fricke u. a. (Hg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945), Bd. 4, Köln 1986, S. 97-101.

46 Abgedruckt in: Julius Leber: Schriften, Reden, Briefe, hg. v. Dorothea Beck u. Wilfried F. Schoeller, München 1976 S. 179-246. Frappierend auch eine weitere Parallele: Während Leber 8ebd., S.246) prophezeite, es werde sich bald zeigen, „daß die

ehrlich Ringenden in den feindlichen Lagern geistig näher verwandt sind, als sie heute zugeben können und wollen“, drückte Encke am 26.2.1933, also nur wenig früher, in einem Brief an seine Frau die Hoffnung aus auf die Wiederentstehung einer „wirklichen Volksgemeinschaft. . . aus der Front der anständigen, aufrechten Menschen aller Lager.“

47 Tagebuch (3.-9.10.; 31. 10.-7.11.1932).

48 Tagebuch (3.-9.10.1932).

49 Tagebuch (31.10.-7.11.1932) - Hörsings Sozialrepublikanische Partei [dazu Rohe, Das Reichsbanner (wie Anm. 34), S. 382-391] erhielt am 6. November 1932 weniger als 9000 Stimmen, wobei sie, anders als die RDP, flächendeckend kandidiert hatte. Ähnlich wie die RDP, mit der sie etliche konkrete Forderungen verbanden, wollte die Hörsing-Partei wirtschaftlich rechts und politisch links von der SPD stehen; sie unterschied sich von jener aber durch einen kuriosen Führerkult und eine stärker nationale Akzentuierung ihres Republikanismus.

50 Dieter Fricke u. a.: Deutsche Demokraten. Die nichtproletarischen demokratischen Kräfte in der deutschen Geschichte 1830 bis 1945, Berlin 1981; Karl Holl/Wolfram Wette (Hg.): Pazifismus in der Weimarer Republik, Paderborn 1981; Lothar Albertin/Konstanze Wegener (Hg.): Linksliberalismus in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1980; Istvan Deak: Weimar Germany's Left Wing Intellectuals. A Political History of the Weltbühne and Its Circle, Berkeley/Cal. 1968; Thomas Koebner (Hg.): Weimars Ende. Prognosen und Diagnosen in der deutschen Literatur und politischen Publizistik 1930-1933, Frankfurt am Main 1982; Peter Gay: Die Republik der Außenseiter. Geist und Kultur in der Weimarer Zeit 1919-1933, Frankfurt am Main 1970; Ursula Susanna Gilbert: Hellmut von Gerlach (1866-1935). Stationen eines deutschen Liberalen vom Kaiserreich zum „Dritten Reich“. Frankfurt am Main u. a. 1984; Christi Wickert: „Zu den Waffen des Geistes ... Durchgreifen Republik!“ Die Linksinтеллектуellen, in: Detlef Lehner/Klaus Megerle (Hg.): Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1989, S. 115-137; Ruth Greuner: Gegenspieler: Profile linksbürgerlicher Publizisten aus Kaiserreich und Weimarer Republik, Weinheim/Basel 1977; Harry Graf Kessler: Tagebücher 1918-1937, Frankfurt am Main 1961.

51 Zur RDP und ihrer Vorgeschichte liegen - neben einem Lexikonartikel von Werner Fritsch: Radikal-Demokratische Partei (RDP) 1930-1933, in: Fricke, Lexikon zur Parteiengeschichte (wie Anm. 45), Bd. 3, 1985, S. 608-613 - mehrere Arbeiten vor von Burkhard Gutleben: Radikaldemokratische Partei - aufrechte Linksliberale ohne Erfolg, in: liberal 28 (1986), S. 65-72; ders.: Volksgemeinschaft oder Zweite Republik. Die Reaktionen des deutschen Linksliberalismus auf die Krise der 30er Jahre, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 17 (1988), S. 259-284; ders.: Radikaldemokraten im Hessischen Landtag. Parlamentarische Episode einer Splitterpartei, in: Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde, Bd. 93 (1988), S. 179-186. Speziell zur Vorgeschichte mit den Flügelkämpfen der Jungdemokraten siehe Ludger Grevelhörster: Organisatorische Entwicklung und Flügelkämpfe in der Demokratischen Jugend von 1919 bis zu ihrem Auseinanderbrechen 1930, in: Wolfgang R. Krabbe (Hg.): Politische Jugend in der Weimarer Republik, Bochum 1993, S. 87-105; Wolfgang Krabbe: Die gescheiterte Zukunft der Ersten Republik. Jugendorganisationen bürgerlicher Parteien im Weimarer Staat (1918-1933), Opladen 1995, bes. S. 129-144; Friedrich-Karl Scheer: Die Deutsche Friedensgesellschaft (1892-1933). Organisation, Ideologie, politische Ziele. Ein Beitrag zur Geschichte des Pazifismus in Deutschland, Frankfurt am Main 1981, S. 532-54; Erich Lüth: Viel Steine lagen am Weg - ein Querkopf berichtet, Hamburg 1966; ders.: Ein Hamburger schwimmt gegen den Strom, Hamburg 1981.

52 Erich Matthias/Rudolph Morsey: Die Deutsche Staatspartei, in: dies., Das Ende der Parteien (wie Anm. 3), S. 29-97; Hans Hornung: Der Jungdeutsche Orden, Düsseldorf 1958; Karl Holl (Hg.): Wirtschaftskrise und liberale Demokratie. Das Ende der Weimarer Republik und die gegenwärtige Situation, Göttingen 1978; Jürgen C. Heß: „Das ganze Deutschland soll es sein“. Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der Deutschen Demokratischen Partei, Stuttgart 1978; Bruce B. Frye: Liberal Democrats in the Weimarer Republic, Carbondale/Edwardsville 1985; Larry Eugene Jones: German Liberalism and the Dissolution of the Weimar Party System 1918-1933, Chapel Hill/London 1988; ders.: Sammlung oder Zersplitterung? Die Bestrebungen zur Bildung einer neuen Mittelpartei in den Endphase der Weimarer Republik, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 25 (1977), S. 265-304. - Nach der für die liberalen Parteien vernichtenden Reichstagswahl vom 31. Juli 1932, so hoffte Friedrich Meinecke kurz vor dem Wahltermin, werde der „Notschrei nach neuer Sammlung der bürgerlichen Mitte“ endlich seine Erfüllung finden. Noch gebe es „inmitten aller Konfusion und Berausung der Massen einen Lebenswillen des deutschen Bürgertums ...“. Ders.: Staatsräson (Vossische Zeitung v. 29.7.1932), in: ders.: Politische Schriften und Reden, hg. v. Georg Kotowski, Darmstadt 1958.

53 Erich Lüth: Links von der SPD, in: Dortmunder General-Anzeiger v. 9.1.1930; Ludwig Quidde: Links von der Sozialdemokratie? in: Dortmunder General-Anzeiger v. 9.4.1931.

54 Echo der Jungen Demokratie 12 (1930), S. 163, zit. nach Grevelhörster, Organisatorische Entwicklung (wie Anm. 51), S. 103; Radikale Demokratie!, hg. v. RDP-Reichsgeschäftsstelle, Berlin o. J. S. 7 f. (Untertitel: „Die neue Linke greift an!“).

55 Werner Burmeister: Frontenverschiebung!, in: Flerold der deutschen Jungdemokratie 11 (1930), S. 21-23 (zu Burmeister siehe unten, Abschnitte V und VI); Walther Encke: RDP und SPD, in: Der Radikale Demokrat 3 (1932), Nr. 11, S. 4L - Zur Würdigung der sozialdemokratischen Politik unter den Präsidialregierungen siehe außer Winkler, Der Weg (wie Anm. 3), Rainer Schäfer: SPD in der Ära Brüning: Tolerierung oder Mobilisierung? Flandlungsspielräume und Strategien sozialdemokratischer Politik 1930-1932, Frankfurt am Main/New York 1990. Kritisch urteilt Wolfram Wette: Mit dem Stimmzettel gegen den Faschismus. Das Dilemma des sozialdemokratischen Antifaschismus in der Endphase der Weimarer Republik, in: Wolfgang Huber/Johannes Schwerdtfeger (Hg.): Frieden, Gewalt, Sozialismus. Studien zur Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung, Stuttgart 1976, S. 358-423.

56 Quidde (wie Anm. 53).

57 Volksstimme (Lüdenscheid) v. 13.4.1931, zit. nach Dietmar Simon: Arbeiterbewegung in der Provinz. Soziale Konflikte und sozialistische Politik in Lüdenscheid im 19. und 20. Jahrhundert, Essen 1995, S.399.

58 Zit. nach Holl, Wirtschaftskrise (wie Anm. 52), S. 64.

59 Radikale Demokratie (wie Anm. 54); Radikaldemokratische Blätter 2 (1932), Nr. 12 (Wahlnummer), bes. S. 15 f.; Adolph Lilienthal: Radikaldemokratische Politik, in: Radikaldemokratische Blätter 2 (1932), Nr. 5.

60 Radikale Demokratie (wie Anm. 54), S. 5 f.

61 Werner Wilk: Generation der Ohnmacht, in: Radikaldemokratische Blätter 2 (1932), Nr. 9, S. 4-6; Horst Oberüber: Für die zweite Republik!, in: Der Radikale Demokrat 4 (1933), Nr. 1, S. 4 f. - Die Jugendlichkeit war ein übergreifendes Leitbild der, auch politischen, Kultur der Weimarer Republik. Siehe dazu Barbara Stambolis: Der Mythos der jungen Generation. Ein Beitrag zur politischen Kultur der Weimarer Republik, Bochum 1984; Thomas Koebner u. a. (Hg.): „Mit uns zieht die neue Zeit“. Der Mythos Jugend, Frankfurt am Main 1985; Elisabeth Domansky: Politische Dimensionen von Jugendprotest und Generationskonflikt in der Zwischenkriegszeit in Deutschland, in: Dieter Dowe (Hg.): Jugendprotest und Generationskonflikt in Europa im 20. Jahrhundert. Deutschland, England, Frankreich und Italien im Vergleich, Bonn 1986, S. 113-137.

62 In den staatsanwaltschaftlichen Untersuchungsakten gegen Encke im Sommer 1932 befindet sich die Abschrift eines reichsbannerinternen Schreibens v. 3. 5. 1932, in dem - unter Hinweis auf Walther Encke - festgestellt wird, „ daß fast alle Mitglieder der radikaldemokratischen Jugend in der Kameradschaft Tiergarten Gruppe be(waffnet) sind“. Blattsammlung der Staatsanwaltschaft (wie Anm. 28).

- 63 Radikaldemokratische Blätter 2 (1932), Nr. 12, S. 14 (mit bezug auf einen Beschluß des Reichsvertretertages v. 8./9. 10. 1932 zur Mitarbeit im Reichsbanner).
- 64 Diverse Manuskripte (etwa 1927/28) im Besitz von Frau Gunhild von Köhler, namentlich: „Gründe und Formen moderner Diktatur“, „Die Bedeutung der Gewerkschaften für die Arbeiterschaft“ und „Die politische und staatsrechtliche Beurteilung des Rätegedankens“.
- 65 Walther Encke: Geistige Organisation der Demokratie, in: Der Radikale Demokrat 3 (1932), Nr. 2, S. 4 f.; Tagebuch (19.-25.9.1932).
- 66 Encke, Geistige Organisation (wie Anm. 65). Vgl. Wilk, Generation (wie Anm. 61), S. 5: „Die Jugend will den Führer. Aber der Führer ist für sie der Mann, der den Impuls zum Handeln besitzt ... für die Neuordnung der Dinge.“
- 67 Harro Schulze-Boysen: Gegner von heute-Kampfgenossen von morgen, Koblenz 1983 (zuerst 1932).
- 68 Tagebuch (1.8.-7.8.1932); Walther Encke: Der geschändeten und geächteten Demokratie, in: Radikaldemokratische Blätter 2 (1932), Nr. 12, S. 3-7.
- 69 Ebd.; Aussagen Enckes gegenüber Flensburg Avis v. 20.1.1933.
- 70 Tagebuch (26.9.-2.10., 17.-24.10.1932), bezogen auf die Hörsing-Partei (Anm. 49) bzw. einen Sozialrepublikanischen Bund, der weder mit dieser noch dem Sozialrepublikanischen Kreis in der DDP/DStP identisch war.
- 71 Flensburg Avis (wie Anm. 69).
- 72 Lous Dupeux: „Nationalbolschewismus“ in Deutschland 1919-1939. Kommunistische Strategie und konservative Dynamik, München 1985; Otto Ernst Schüdekopf: Linke Leute von rechts. Die Nationalrevolutionären Minderheiten und der Kommunismus in der Weimarer Republik, Stuttgart 1960; Richard Scheringer: Das große Los unter Soldaten, Bauern und Rebellen, Hamburg 1959; Hans Jürgen Kuron: Freikorps und Bund Oberland, Phil. Diss., Erlangen 1960; Ernst von Salomon: Der Fragebogen, Hamburg 1951; Hans Coppi: Harro Schulze-Boysen - Wege in den Widerstand. Eine biographische Studie, Koblenz 1993; Karl O. Paetel: Versuchung oder Chance? Zur Geschichte des deutschen Nationalbolschewismus, Göttingen 1965; Ernst Niekisch: Gewagtes Leben. Begegnungen und Begebnisse, Köln/Berlin 1958; Friedrich Kabermann: Widerstand und Entscheidung eines deutschen Revolutionärs: Leben und Denken von Ernst Niekisch, Köln 1973.
- 73 Alfred Joachim Fischer: In der Nähe der Ereignisse. Als jüdischer Journalistin diesem Jahrhundert, Berlin 1991, S. 44, 46.
- 74 Tagebuch (Vorspann).
- 75 Tagebuch (26.11.-4.12.1932).
- 76 Jens [Kronika]: Kan Katastrofen undgaas?, in: Flensburg Avis v. 20.1.1933.
- 77 Harriet von Rathlef-Keilmann: Anastasia. Ein Frauenschicksal als Spiegel der Weltkatastrophe. Ermittlungen über die jüngste Tochter des Zaren Nikolaus II., Leipzig 1928. - Kronika (wie Anm. 76) nennt nur Initialen. In der Regel ist aber die Identifizierung möglich.
- 78 Die Namen nach Encke (wie Anm. 19), Katz (wie Anm. 16) und Kronika (wie Anm. 76). Biographische Angaben zu dieser und den folgenden Personen in den einschlägigen Nachschlagewerken, hauptsächlich der „Neuen Deutschen Biographie“, dem „Allgemeinen Lexikon der Bildenden Künstler des 20. Jahrhunderts“, dem „International Biographical Dictionary of Central European Emigres 1933-1945“, dem „Biographischen Lexikon der deutschsprachigen Emigration nach 1933“, dem „M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus“ sowie Hermann Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Bd. 2, Frankfurt am Main 1969. Siehe außerdem: Erwin Piscator unter der Mitarbeit von Felix Gasbarra: Das Politische Theater, Berlin 1929; John Willet: Erwin Piscator: Die Eröffnung des politischen Zeitalters auf dem Theater, Frankfurt am Main 1980; Alfred Kurella: Wofür haben wir gekämpft? Beiträge zur Kultur- und Zeitgeschichte, Berlin/Weimar 1975; Bernhard Brentano: Das Land der Liebe: Bericht von Abschied und Heimkehr eines Deutschen, Stuttgart/Tübingen 1952; Walter Mehring: Verrufene Malerei. Berlin Dada, Düsseldorf 1983; Greuner, Gegenspieler (wie Anm. 50); Greta Kuckhoff: Vom Rosenkranz zur Roten Kapelle: Ein Lebensbericht, Berlin 1974; Fritz Kuhr: Bauhaus-Erinnerungen. Meine Meister, hg. v. Hermann Famulla, Frankfurt am Main 1993; Alexander Graf Stenbock-Fermor: Deutschland von unten. Reisen durch die proletarische Provinz 1930, Stuttgart 1931; ders.: Freiwilliger Stenbock. Bericht aus dem baltischen Befreiungskampf, Stuttgart 1929; ders.: Der rote Graf. Autobiographie, Berlin 1973; Arno Scholz/Walter G. Oschilewski: Kurt Löwenstein. Leben und Leistung, Berlin 1957; Dupeux, Nationalbolschewismus (wie Anm. 72), bes. S. 236; Henning Duderstadt: Vom Reichsbanner zum Hakenkreuz. Wie es kommen mußte. Ein Bekenntnis, Stuttgart u. a. 1933; Hubertus Prinz zu Löwenstein: Botschafter ohne Auftrag: Lebensbericht, Düsseldorf 1972; zu den Nationalrevolutionären siehe die in Anm. 72 genannte Literatur. - Die im Text erwähnten Brüder von Braun ordnet Encke irrtümlich einem fiktiven „Wirtschaftsminister“, Katz irrtümlich dem langjährigen preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun zu.
- 79 Vorwärts v. 28.7.1932: Bei den Opfern des Belagerungszustandes.
- 80 Tagebuch (26.9.-2.10.1932).
- 81 Tagebuch (22.-28.8., 11.-16.10.1932) mit einer eingehenden, geradezu vernichtenden Schilderung des Gegner-Kreises: „... ein Grüppchen von Leuten, die sich ungemein wichtig nehmen und ein seltsames Theater aufführen.“
- 82 Clara von Arnim, Der grüne Baum (wie Anm. 7), S. 193-195. - Durch des Ehepaar lernte Encke auch den exzentrischen Schriftsteller Andre Germain kennen, Erbe des Credit Lyonnais, Verfechter der deutsch-französischen Verständigung und nach 1933 Renommierfranzose des Auswärtigen Amtes, der mit deutschen nationalrevolutionären Gruppen kokettierte. Clara von Arnim ebd., S. 194f., charakterisiert ihn als „Prototyp des ‚decadent‘“. Entsprechend Encke, Tagebuch (28. 11.-4. 12. 1932): „So interessant er als Typ ist, er bleibt doch eine höchst negative Erscheinung, niemals wirklich beteiligt, nur zuschauend und von der Arbeit und dem Schicksal Anderer körperlich und geistig zehrend.“ Andre Germain veröffentlichte 1939 in Paris ein Buch über: „Goethe et Bettina“.
- 83 Tagebuch (11.-16.10.1932). Zu Otto Straßer und seiner Gruppe siehe Patrick Moreau: Nationalsozialismus von links. Die „Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten“ und die „Schwarze Front“ Otto Straßers 1930-1935, Stuttgart 1984; zu Beppo Römer, der 1944 als kommunistischer Widerstandskämpfer gehängt wurde, siehe Kuron, Freikorps (wie Anm. 7 2).
- 84 Eingabe v. Iwan Katz v. 3.11.1945 (wie Anm. 16); Tagebuch (31.10.-7.11.1932).-Johannes Resch: Der Klub der Geistesarbeiter. Berliner Intellektuelle im Kampf gegen Reaktion und Hitlerfaschismus, in: Berliner Heimat 1957, H. 3, S. 1 ff.
- 85 Tagebuch (22.-28.8.1932).
- 86 Walther an Bettina Encke v. 26.2.1933.
- 87 Tagebuch (19.-25.9., 7.-13.11., 21.-27.11.1932).
- 88 Tagebuch (19.-25.9.1932).
- 89 Tagebuch (29.8.-4.9.1932). - Zu Mylius auch Ruth Mylius an Verf. v. Ende April 1995; Bettina Encke an Felicitas Meinshausen v. 17.10.1929. Zur Radikalen Mittelstandspartei lediglich einige verstreute Bemerkungen bei Martin Schumacher: Mittelstandsfront und Republik. Die Wirtschaftspartei - Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1919-1933, Düsseldorf 1972, S. 172-198. - Zur preußischen Landtagswahl am 24. April 1932 kandidierte der Radikale Mittelstand in vier Wahlkreisen und erzielte knapp 10 000 Stimmen.
- 90 Tagebuch (7.-13.11.1932), - Zu dieser Erwartung siehe Axel Schildt: Militärdiktatur mit Massenbasis? Die Querfrontkonzeption der Reichswehrführung um General von Schleicher am Ende der Weimarer Republik, Frankfurt am Main/New York 1981.

- 91 Walther Schreiber: Am Tor der Hoffnung, in: Deutscher Aufbruch v. 1.1.1933. Für die SPD siehe etwa Alexander Schifrin: Die Krise der deutschen Gegenrevolution, in: Die Gesellschaft 1932/11, S. 387-405.
- 92 Tagebuch (21.-27.11.1932); Einstellungsverfügung vom 31. 10. 1932, Blattsammlung der Staatsanwaltschaft (wie Anm. 28).
- 93 Tagebuch (2. 1.-26.2.1932); Elfes, Polizeipräsident (wie Anm. 4).
- 94 Zu Elfes politischer Tätigkeit nach 1945 siehe dessen autobiographisches Manuskript im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, RWN-72; Rainer Dohse: Der Dritte Weg. Neutralitätsbestrebungen in Westdeutschland zwischen 1945 und 1955, Hamburg 1974, S. 136-141.
- 95 Autobiographisches Manuskript von Bettina Encke o. D.; Eingabe von Iwan Katz v. 3.11.1945 (wie Anm. 16).
- 96 Bettina Encke an Felicitas Meinshagen v. 4.3.1933.
- 97 Bettina an Walther Encke v. 27.3.1936; Walther an Bettina Encke v. 29.3.1936.
- 98 Das tut - sehr dezidiert - Julius Mader in seinen Artikeln (wie Anm. 1). Vermutlich folgt er darin den Angaben von Iwan Katz in seiner Eingabe v. 3.11.1945 (wie Anm. 16).
- 99 Anklageschrift beim Volksgerichtshof v. 23.1.1939 im Mat. P. Heymach; Moreau, Nationalsozialismus von links (wie Anm. 83), S. 239, Anm. 641; Clara von Arnim, Der grüne Baum (wie Anm. 7), S. 196-198. Anders als Oskar kam Hedwig von Arnim im Anschluß an die Zuchthaushaft Ende 1944 ins KZ Ravensbrück, wo sie kurz vor Kriegsende verstarb.
- 100 Ruth Mylius an Verf., Ende April 1995.
- 101 Eingabe von Iwan Katz v. 3.11.1945 (wie Anm. 16).
- 102 Walther an Bettina Encke v. 29.3.1936; Werner Milch: Die junge Bettine 1785-1811. Ein biographischer Versuch, hg. v. Peter Küpper, Heidelberg 1968. - Encke hatte sich am 22.3.1936 brieflich an Milch gewandt, nachdem er von dessen Plänen erfahren hatte, ein Buch über Bettina von Arnim zu schreiben: „Es dürfte vielleicht von Interesse für Sie sein, daß ich im Auftrage meiner Schwiegermutter ... die in Wiepersdorf noch vorhandene geistige Hinterlassenschaft von Bettina von Arnim verwalte ... Da ich lebhaftes Interesse an jedem Werk habe, das sich mit der Bettina und ihrem Kreis befaßt, bin ich gern bereit, Ihnen Einblick zu gewähren.“ Die Benutzungsgenehmigung, die Milch auch für andere Sammlungen in familiärem Besitz erhielt, wurde ohne jeden Vorbehalt erteilt. Zit. nach der Einleitung von Peter Küpper zu Milch, ebd., S. 25. - Zu der Versteigerungsaktion siehe den 1929 bei Karl Ernst Henrici in Berlin erschienenen, dreibändigen Katalog sowie Joachim Müllers Nachwort zu Bettina von Arnim: Werke und Briefe, hg. v. Gustav Konrad, Bd. 5, Frechen/Köln 1961, S. 522 f. - Milch war von 1947 bis zu seinem Tod 1950 Professor in Marburg.
- 103 Landeshauptarchiv Potsdam, Rep. 208: Ministerium für Land- und Forstwirtschaft. Nr. 1009 (diverse Dokumente); Clara von Arnim, Der grüne Baum (wie Anm. 7), S. 205-208; Eingabe von Iwan Katz v. 3.11.1945 (wie Anm. 16) und Erklärung dess. v. 14.7.1946. - Zu Wiepersdorf nach 1945 außer Clara von Arnim auch Christian Graf von Krockow: Fahrten durch die Mark Brandenburg. Wege in unsere Geschichte, Stuttgart 1991, S. 277-293.
- 104 Tagebuch (5.-11.12.1932), vermutlich eine Formulierung aus dem Frühjahr 1933.